WALTER ULBRICHT

Demokratischer Wirtschaftsaufbau

Rede
gehalten auf der Wirtschaftskonferenz
für das Land Thüringen am 14. Juli 1946
im Volkshaussaal in Jena

1946

THÜRINGER VOLKSVERLAG GMBH · WEIMAR

Herausgeber: SED - Landesverband Thüringen



W A L T E R   U L B R I C H T

Mitglied des zentralen Einheitsausschusses der drei antifaschistisch-demokratischen Parteien und des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Demokratischer Wirtschaftsaufbau

Am 14. Juli 1946 fand im Volkshaussaal in Jena eine Konferenz statt, die sich mit den grundlegenden Fragen unseres demokratischen Wirtschaftsaufbaus beschäftigte.

Die Konferenz war einberufen von der Sozialistischen Einheitspartei, der Christlich-Demokratischen Union und der Liberal-Demokratischen Partei. Es nahmen etwa 1000 Vertreter, Betriebsleiter landeseigener Betriebe, Unternehmer, Betriebsräte, Gewerkschaftler, Handwerker, Vertreter der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und Vertreter der technischen Intelligenz teil.

In der Diskussion sprachen Vertreter der drei Parteien und Männer und Frauen aus den verschiedenen Schichten des Volkes. Die Konferenz zeigte die Festigung der Einheitsfront der demokratischen Kräfte und den Willen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik.

FRIEMELT (CDU, Sekretär des Landesblocks):

Meine sehr verehrten Anwesenden! Im Auftrage des Landesblocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien begrüße ich Sie zu der Wirtschaftskonferenz, die wir am heutigen Vormittag hier abhalten wollen. Ich habe ganz besonders die Ehre, den Präsidenten unseres Landes Thüringen, Herrn Dr. Paul, in unserer Mitte begrüßen zu dürfen, der durch sein persönliches Erscheinen der Wichtigkeit und der Bedeutung unserer Konferenz die besondere Note und Unterstreichung gibt. Ich habe außerdem die angenehme Aufgabe und Pflicht, die Vizepräsidenten, Herrn Busse und Herrn Dr. Appell, zu begrüßen. Herr Vizepräsident Dr. Lukaschek läßt sich brieflich entschuldigen, da er am heutigen Tage anläßlich einer großen Bauerntagung im Kreise Heiligenstadt im Rahmen der Bodenreform weilt und deshalb an dieser Konferenz nicht teilnehmen kann. Ich habe weiter die angenehme Pflicht und Aufgabe, die Herren Landesdirektoren sowie die Oberbürgermeister und Landräte zu begrüßen, die Vertreter des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens, besonders aber auch die Wirtschaftsvertreter der antifaschistischen demokratischen Parteien. Ein besonderer Gruß gilt dem Referenten des heutigen Tages, Walter Ulbricht, vom Zentralblock aus Berlin. Ich darf Herrn Präsidenten Dr. Paul bitten, daß er einige Worte anläßlich der Einleitung der Tagung zu uns spricht.

Landespräsident Dr. PAUL:

Meine Damen und Herren! Es ist mir eine Ehre, Sie im Namen des Landes Thüringen zu dieser Wirtschaftskonferenz begrüßen zu können. Mein besonderer Gruß gilt dem Referenten dieser Konferenz, Herrn Walter Ulbricht aus Berlin.

Es ist mir eine ganz besondere Freude, festzustellen, daß diese Wirtschaftskonferenz im Rahmen einer Landes-Blockveranstaltung hier stattfindet. Im Rechtsstaat Thüringen, in unserer Demokratie, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß jeder von Ihnen hier frei sprechen und vertreten darf, was er für richtig hält.

Meine Damen und Herren! Man hat die Leistungen des Landes Thüringen auf dem Gebiete der Wirtschaft Monat für Monat als Propaganda bezeichnet. Nachdem doch so und so viele Vertreter aus anderen Zonen, die angeblich die bis auf die letzte Maschine ausgeräumte Firma Carl Zeiß mit ihren 14 000 Arbeitern im Betrieb gesehen haben, nachdem man hat feststellen können, daß Thüringen nicht einen einzigen Arbeitslosen mehr hat, da hat ein Wort zur rechten Zeit sich eingestellt und dieses Wort hieß: „Die Scheinblüte Thüringens." Es ist schmerzlich festzustellen, meine Damen und Herren, daß anderswo Deutsche fast schadenfroh darauf warten, daß Deutsche in einer anderen Zone einen wirtschaftlichen Rückschlag erleiden. Wir leben in einer Zeit der Wirtschaftszerschnürung Deutschlands. Das Fehlen dieses oder jenes Rohstoffes, dieses oder jenes Halbfertigfabrikates wird uns selbstverständlich hindern und wird uns Schwierigkeiten machen. Aber ich möchte den Herren anderswo sagen, daß sie eines Tages das Bleigewicht am Hals fühlen, wenn sie glauben, daß eine Zonenabschnürung nur eine einseitige Angelegenheit ist. Ich muß in diesem Zusammenhang den Herren, die da drüben warten, daß wir als Scheinblüte vom Baum herunterfallen, die da hoffen, daß im Spätsommer oder Anfang Herbst in Thüringen Tausende von Arbeitslosen auf den Straßen seien, sagen, daß diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen wird. (Beifall.)

Man könnte fast verzweifeln, wenn man in Deutschland um sich sieht. Überall muß man feststellen, daß wir Deutschen untereinander wieder anfangen, uns zu verleumden, daß wir anfangen, uns gegenseitig zu bekämpfen, zu verdächtigen und zur Freude unserer Gegner, schließlich zu zerfleischen. Meine Damen und Herren! Wir wollen eines nicht vergessen, vor 14 Monaten fiel der letzte Schuß in Berlin. Es fand der wahnsinnigste aller Kriege sein Ende. Sehen Sie nach Oesterreich und sehen Sie nach Rumänien, sehen Sie nach Bulgarien, sehen Sie nach Italien, überall zeigt sich bereits ein Regierungssystem oder ist ein Regierungssystem im Herausschälen begriffen. Und in Deutschland kocht in aller Frische jeder Stand seine alte Stammessuppe, und in Deutschland sieht jeder nur die Grenzen seines Zaunkönigsreiches. Man kann Separatismus nicht nur in den Winkelkneipen machen, sondern man kann in Separatismus auch arbeiten in Form von Gesetzen und Verfassungen.

Es wird, und damit möchte ich Sie erinnern an die bedeutende Rede, die vor einigen Tagen der Außenminister Molotow hielt, über Deutschland verhandelt, ohne daß auch nur ein einziger legitimierter Vertreter Deutschlands zugegen ist. Wenn es anderswo ein Permit, eine Erlaubnis dafür gibt, um in untertänigem Gehorsam daran arbeiten zu dürfen, so möchte ich den Vertretern anderer Zonen sagen, daß es eines Permits zum Sprechen über die deutsche Einheit nicht bedarf. Denn das Sprechen und Gewährleisten der deutschen Einheit finden wir in den Potsdamer Beschlüssen begründet. Ich vertrete den Standpunkt, daß es die Pflicht der deutschen Präsidenten ist, ihre Stimme zu erheben und dafür zu sorgen, daß, wie Molotow es genannt hat, eine zentrale Verwaltung, eine deutsche zentrale Verwaltung aller Zonen zunächst auf die Beine gestellt wird, um aus dieser hervorgehend dann eine legitimierte Vertretung, eine deutsche Regierung, zu bilden. (Beifall.) Das deutsche Volk will Frieden. 1919 haben wir es alle als unerträglich empfunden, daß wir Monat um Monat auf den Friedensvertrag warten mußten. Heute ist bereits über ein Jahr verstrichen, ohne daß sich auch nur am Himmel

entfernt eine deutsche Regierung abhebt, die legitimiert wäre, zu verhandeln. Darum, meine Damen und Herren, gebe ich Ihnen, obwohl Sie heute auf einer Wirtschaftskonferenz sind und sich mit anderen Fragen beschäftigen, eines mit auf den Weg: Seien Sie Rufer für die Einheit Deutschlands, denn die Stimmen von Tausenden, Hunderttausenden und Millionen sind nicht zu überhören, und dann haben wir die Gewißheit zu sagen: Es muß doch endlich Frieden werden! (Lebhafter Beifall.)

FRIEMELT:

Nach den Worten unseres Landespräsidenten, Herrn Dr. Paul, hat der Oberbürgermeister von Jena, Herr Dr. Troeger, das Wort.

Oberbürgermeister Dr. TROEGER:

Hochverehrter Herr Landespräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Oberbürgermeister von Jena habe ich die Freude und die Ehre, Sie hier in Jena zu dieser Wirtschaftskonferenz zu begrüßen. Ich begrüße insbesondere den Herrn ersten Vizepräsidenten Busse und den Herrn Vizepräsidenten Appell als Vertreter der Landesverwaltung, neben dem Herrn Landespräsidenten, der sich durch seine Ausführungen soeben Ihnen schon besonders vorgestellt hat. Ich begrüße die Vertreter der Parteien, an der Spitze den Genossen Ulbricht aus Berlin. Ich freue mich, daß er zu uns gekommen ist, um uns über die großen Fragen der Wirtschaft etwas zu sagen. Ich begrüße die Vertreter des Gewerkschaftsbundes, ich begrüße die Herren Kollegen aus Thüringen, die Herren Landräte, die Vertreter der großen Betriebe, der Betriebsräte und der anderen Wirtschaftsorganisationen. Mögen sie neben diesen Stunden der Arbeit auch einige angenehme Stunden in Jena verleben und sich vielleicht auch davon überzeugen, daß wir in Jena rege sind und einiges schon im Sinne des Wiederaufbaues geleistet haben.

Erst gestern haben wir die große Freude gehabt, das große Bauwerk, die Camsdorfer Brücke, einzuweihen. Das war der zweite Festtag bei uns in Jena, nachdem wir vor Monaten die Eröffnung der Universität unter der Schutzherrschaft unseres Herrn Landespräsidenten feierlich begehen konnten.

Meine Damen und Herren! Sie tagen heute in dem großen Saale des Volkshauses in Jena, das Ernst Abbe der Stadt Jena und der Arbeiterschaft in Jena vor Jahrzehnten geschenkt hat. In diesem Saale haben schon bekannte Reichsparteitage der Sozialdemokratischen Partei und anderer Parteien stattgefunden, und in diesem Saale hat im Januar dieses Jahres die erste Großkundgebung stattgefunden, die zur Vereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei geführt hat. Ich darf diese Tatsache zum Anlaß nehmen, um einen Augenblick in Ehrfurcht der Persönlichkeit Ernst Abbes zu widmen. Er hat durch seine wissenschaftliche Arbeit und durch die Begründung der Carl-Zeiß-Stiftung sich selbst und der Stadt Jena ein Denkmal gesetzt, das über die ganze Welt hinaus bekannt ist. Es ist nicht möglich, die Größe und Lauterkeit dieser Persönlichkeit in kurze Worte zu fassen. Gestatten Sie mir, daß ich ihn mit einigen kurzen Sätzen hier zitiere. Ich bringe einige Sätze aus seiner Denkschrift vom 4. Dezember 1887, die er an das damalige Weimarische Ministerium richtete, um seinen Plan, der Überführung der Firma Carl Zeiß in die Hände der Allgemeinheit zu begründen. Ernst Abbe schrieb:

„Die erste Erwägung geht von der Tatsache aus, daß der Besitz, über den ich vorläufig verfüge und der Erwerb, den ich auf Grund bestehender Verträge in

Zukunft erwarten kann, ganz wesentlich nur dadurch zustande gekommen sind, daß es mir und meinen Genossen möglich war, die Arbeit vieler anderer Personen in unseren Dienst zu stellen und den Ertrag ihrer Arbeit uneingeschränkt uns zu Nutze zu machen. Die gegenwärtige Rechtsordnung erklärt auch solchen Besitz bedingungslos als freies Privateigentum des erfolgreichen Unternehmens. Nach meiner persönlichen Überzeugung aber will ein Erwerb dieses Ursprunges vor einem strengeren, Sittlichkeitsidealen genügenden Eigentumsbegriff als öffentliches Gut betrachtet und behandelt sein, soweit es hinausgeht über das Recht eines angemessenen Lohnes für die persönliche Tätigkeit. Die Überzeugung, in welcher ich durch die eigene Lebenserfahrung als Unternehmer mehr und mehr gestärkt worden bin, verpflichtet mich vor meinem Gewissen, die Mittel, welche die Gunst der Umstände in meine Hände gelegt, bei meinen Lebzeiten zur gemeinnützigen Verwendung zu bringen und gleichzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß nach meinem Tode gleiches geschieht."

Meine Damen und Herren! Wenn man sich vor Augen hält, daß diese Denkschrift geschrieben wurde zu einer Zeit, als das deutsche Unternehmertum noch vollständig im Liberalismus steckte und sich damals gerade anschickte, den späteren Finanzkapitalismus zu organisieren, wenn man denkt, daß diese Denkschrift verfaßt wurde zu einer Zeit, als noch das Sozialistengesetz in Kraft war, dann muß man schon sagen, daß diese Gedanken von Ernst Abbe, denen bald die Tatsache, nämlich die Gründung der Carl-Zeiß-Stiftung gefolgt ist, etwas Einmaliges sind. Sie zeugen von einem Ideal der Gesinnung, von einer Verbundenheit zu den Mitarbeitern im eigenen Betrieb und von einer Einsicht in die Notwendigkeiten der Abkehr von der liberalistischen Wirtschaftsform, daß wir heute Lebenden uns daraus noch ein Beispiel nehmen können. Möge die Arbeit zur Errichtung eines neuen, demokratischen Deutschlands von dem Geist solcher Uneigennützigkeit und Weitherzigkeit getragen sein, wie sie das Werk Ernst Abbes auszeichnet, in dessen Volkshaus Sie heute versammelt sind. In diesem Sinne wünsche ich der Konferenz vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

FRIEMELT:

Ich bitte Herrn Walter Ulbricht das Wort zu ergreifen.

WALTER ULBRICHT (mit lebhaftem Beifall empfangen):

Hochverehrte Anwesende! Mehr als ein Jahr ist vergangen, seitdem die Hitlerherrschaft durch die Truppen der Alliierten beseitigt wurde. Seit dieser Zeit hat unser schaffendes Volk in gemeinsamen Anstrengungen das normale Leben wieder in Gang gebracht und die ersten Schritte zu einem Neuaufbau der deutschen Wirtschaft getan. Mancher, der vor einem Jahr verzweifelt geglaubt hatte, der Sturz des Nazisystems bedeute auch die Vernichtung Deutschlands, hat inzwischen einsehen gelernt, daß der Sturz der faschistischen Tyrannei keineswegs das Ende Deutschlands ist. Deutschland — das ist das schaffende deutsche Volk! In den Händen unseres deutschen Volkes liegt die Zukunft Deutschlands, das heißt, alles hängt davon ab, ob unser Volk die Lehre aus der Geschichte zieht und die Erkenntnis und Kraft aufbringt, nicht nur den Faschismus endgültig zu vernichten, sondern eine neue demokratische Ordnung aufzubauen. Es wird sich jetzt erweisen, ob unser Volk die Fähigkeit hat, den alten Weg imperialistischer Eroberungskriege, der Deutschland zweimal in die Katastrophe geführt hat, für immer zu verlassen und endgültig den Weg der friedlichen Arbeit, des demokratischen Neuaufbaus zu beschreiten.

All unser Denken und Handeln muß daher vom Willen zur Sicherung des Friedens geleitet sein. Deshalb ist die Vernichtung der Macht der Kriegs- und Naziverbrecher in unserer Heimat die Vorbedingung des Neuaufbaus. Solange z. B. die Herren der Konzerne und Großbanken im Besitz ihrer materiellen Machtmittel sind, mit deren Hilfe sie ihre Kriegsverbrechen begangen haben, würde der Aufbau unvermeidlich zur Stärkung ihrer Macht führen. Es kommt hinzu, daß in diesem Falle die Kriegsverbrecher obendrein ihre Macht benutzen würden, die Lasten des Krieges und seine Folgen dem Volke aufzubürden.

Es wäre ein Irrtum, wenn z. B. Wirtschaftler glauben würden, die Hauptsache sei, daß mehr produziert wird. Das ist gewiß sehr wichtig, aber vergessen wir nicht, daß auch nach dem ersten Weltkriege mehr produziert wurde — zum Nutzen der großen Konzern- und Bankherren und der Syndikate. Die Macht dieser Kreise wurde gestärkt, und sie setzten ihre alte Politik fort. Deshalb ist es notwendig, daß nach den Erfahrungen aus zwei Weltkriegen nicht einfach wieder aufgebaut wird, sondern daß man etwas Neues aufbaut, daß man eine neue, demokratische Ordnung schafft und im Rahmen dieser Ordnung die Demokratisierung der Wirtschaft durchführt. Das ist auch die Voraussetzung für die Herstellung normaler Beziehungen zu den anderen Völkern. Die Lösung dieser Aufgabe ist nur durch die Einheit der Arbeiterschaft und durch den Block aller demokratischen Kräfte in unserem Volke möglich. Bisher war es in der deutschen Geschichte so, daß sich die Kriegsverbrecher stets gegen das Volk einig waren. Jetzt muß sich das Volk gegen die Kriegsverbrecher und die antidemokratischen Elemente einigen. Das ist die Grundbedingung für die Sicherung der Zukunft unseres Volkes.

Wir können feststellen, daß in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit dem Sturze der Hitlerherrschaft das normale Leben in Gang gekommen ist. Es ist gelungen, in einem Teile Deutschlands die Macht der Kriegsverbrecher und Faschisten zu zerbrechen, so daß wir jetzt in der Lage sind, die demokratische Ordnung zu festigen. Dafür sind jetzt die Vorbedingungen gegeben. Die schlimmsten Kriegsfolgen sind zum Teil überwunden. Die Demontage als eine Folge des Krieges ist in der sowjetisch besetzten Zone beendet — mit Ausnahme von bestimmten Betrieben der chemischen Industrie, über die der Interalliierte Kontrollrat unmittelbar entscheidet.

Wir können mit Stolz auf das große Werk der demokratischen Bodenreform blicken, durch das die Macht der militaristischen Großgrundbesitzer beseitigt und die Entwicklung der Landwirtschaft gesichert wurde. Die Selbstverwaltungsorgane sind im großen und ganzen aufgebaut, und es kommt jetzt darauf an, den Stadt- und Gemeindeverwaltungen und den neuen Wirtschaftsorganen mehr demokratischen Inhalt zu geben, sie zu festigen und die aktivere Mitarbeit des Volkes herbeizuführen.

Um die Einheit Deutschlands

Die wichtigste Bedingung für die Entwicklung der demokratischen Ordnung ist die Sicherung der Einheit Deutschlands. Ich glaube, das größte Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaft und die Verbesserung der Lebensbedingungen unseres Volkes sind die föderalistischen und separatistischen Bestrebungen, die in einzelnen Teilen Deutschlands vorhanden sind. Der Plan der Aufteilung Deutschlands in 11 oder 13 Staaten, wie er in einigen Gebieten propagiert wurde, das Bestreben bestimmter führender Persönlichkeiten in Bayern, in Württemberg und einigen anderen Gebieten, selbständige Staaten zu bilden, Verfassungen zu

beschließen, in denen der Name Deutschland völlig fehlt, ist ein Schlag gegen das gesamte deutsche Volk. (Zustimmung und Beifall.)

Der Vertreter einer französischen Presseagentur, der seinen Sitz in Moskau hat, schrieb in einer Mitteilung vom 8. Juli, daß „die Aufsplitterung des deutschen Bodens in kleine Staaten, die nur „Landsknechtsstaaten" wären und bereit sein würden, sich zu verkaufen, ganz gleich, wer einen Krieg unternimmt", das Charakteristische für die Stellungnahme gewisser Politiker sei. Ich glaube, diese Charakteristik ist sehr zutreffend. Es handelt sich um gewisse Kreise, die unter der Losung des Föderalismus eine Aufsplitterung Deutschlands in kleine Staaten herbeiführen wollen, die nichts anderes als Landsknechtsstaaten wären und bereit sein würden, sich an diesen oder jenen Meistbietenden zu verkaufen.

Es ist bedauerlich, daß es sogar einige Vertreter der deutschen Intelligenz gibt, die sich in den Dienst einer solchen Propaganda gestellt haben. Der hochgeachtete Professor Weber aus Heidelberg hat kürzlich einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er nicht die Kriegsverbrecher und die aktiven Faschisten als die Hauptgefahr bezeichnet, sondern von einem „totalitären Bürokratismus" als Hauptgefahr spricht. Er empfiehlt, daß das Ruhrgebiet einer internationalen Kontrolle unterstellt werde, ohne zu sagen, wie das deutsche Volk an dieser Verwaltung beteiligt sein soll. Die Aufteilung Deutschlands in föderative Staaten nennt er „den ersten Schritt zu einer europäischen Föderation" (Lachen); mit anderen Worten: er propagiert unter der schönen Losung der „Europäischen Föderation" das Recht der einzelnen deutschen Staaten, sich dieser oder jener Großmacht anzuschließen.

Wir glauben, daß dieser Weg falsch und verhängnisvoll für unser deutsches Volk wäre. Eine solche Auffassung von der Zukunft Deutschlands bedeutet, die Zukunft Deutschlands aufs Spiel zu setzen und in der Tat Deutschland als Staat zu liquidieren; denn niemand soll sich einbilden, daß ein Deutschland in einer sogenannten Föderation europäischer Staaten, gleichgültig unter dem Einfluß welcher Großmacht, irgendwelches Selbstbestimmungsrecht habe.

Wir glauben also, daß der erste Grundsatz in der Durchführung unserer demokratischen Politik der Kampf gegen den Föderalismus und das Ringen um die Sicherung der Einheit Deutschlands ist. Wir sind deshalb froh, daß auf der Pariser Konferenz Außenminister Molotow in seiner Rede Vorschläge unterbreitete, die die Zukunft Deutschlands als eines einheitlichen Staates gewährleisten. Er sagte in seiner Rede, man müsse dafür sorgen,

> „daß Deutschland ein demokratischer und friedliebender Staat wird mit einer entwickelten Landwirtschaft, Industrie und einem entwickelten Außenhandel, dem aber die Möglichkeit genommen wird, als aggressive Macht wieder aufzuerstehen."

Damit wird uns ausdrücklich eine entwickelte Landwirtschaft, Industrie und ein entwickelter Außenhandel zugesichert. In diesem Zusammenhang betont Außenminister Molotow:

> „Es ist nicht schwer, zu verstehen, daß Deutschland ohne Ruhrgebiet nicht als selbständiger und lebensfähiger Staat bestehen kann."

In der letzten Zeit hat es viele Diskussionen über den Produktionsplan der Alliierten Kontrollkommission für Deutschland gegeben. Zu dieser Frage erklärte Außenminister Molotow:

> „Damit die Entwicklung der friedlichen Industrie Deutschlands auch anderen Völkern, die deutsche Kohle, Metall und deutsche Erzeugnisse brauchen, Nutzen bringen kann, muß man Deutschland das Recht der

Ausfuhr und Einfuhr sichern, wobei wir im Falle der Verwirklichung dieses Rechtes des Außenhandels keine Schranken für eine Steigerung der Erzeugung von Stahl, Kohle und Industriewaren zivilen Charakters in Deutschland errichten sollen."

Das heißt: Wenn die großen Konzerne liquidiert sind und die Entmilitarisierung durchgeführt ist, besteht nach diesen Zusicherungen die Möglichkeit der Steigerung der Erzeugung der deutschen Industrie über das vom Kontrollrat festgelegte Produktionssoll hinaus.

Am Ende seiner Rede äußerte sich Außenminister Molotow zur künftigen Bildung einer deutschen Regierung:

„Die zukünftige deutsche Regierung muß eine demokratische Regierung sein, die imstande sein wird, die Reste des Faschismus in Deutschland auszurotten, und die gleichzeitig fähig sein wird, die Verpflichtungen Deutschlands den Alliierten gegenüber zu erfüllen, darunter und vor allem muß sie die Erfüllung von Reparationslieferungen an die Alliierten gewährleisten. Erst wenn man sich überzeugt hat, daß die neue deutsche Regierung imstande ist, mit diesen Aufgaben fertig zu werden und sie wirklich ehrlich in die Tat umsetzt, nur dann wird man ernsthaft vom Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sprechen."

Aus dieser Rede geht klar hervor, daß die Zukunft Deutschlands in unseren Händen liegt. Wenn Außenminister Molotow gegenüber den Bestrebungen gewisser Föderalisten darauf hinweist, daß die Frage der Struktur und der Gestaltung Deutschlands eine Frage des deutschen Volkes sei, und erklärt, daß über die Struktur Deutschlands evtl. durch einen Volksentscheid die Meinung des Volkes festgestellt werden müsse, so zeigt das, daß das Schicksal unseres Heimatlandes in unseren eigenen Händen liegt, daß es von unserer Einheit und unserem zielbewußten demokratischen Handeln abhängt, was aus Deutschland wird.

Gewissermaßen der Hebel zur Lösung der Lebensfragen Deutschlands scheint mir die Einigung der Arbeiterschaft und des deutschen Volkes selbst zu sein. Das Bedeutungsvolle auch an dieser Tagung ist, daß hier Männer und Frauen aus den verschiedenen Schichten des Volkes zusammengekommen sind, daß die Vertreter der Arbeiter, der Angestellten, der demokratischen Selbstverwaltung, der Unternehmer und der Handwerker gemeinsam über den weiteren Weg des Neuaufbaus Deutschlands beraten. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß es gelingen möge, eine solche Zusammenarbeit auch in den anderen Teilen Deutschlands zu erreichen. Denn solange wir uns als Deutsche nicht einig sind, können wir nicht erwarten, daß sich andere über die weitere Zukunft Deutschlands in dem Sinne einigen könnten, wie wir es wünschen! (Lebhafter Beifall.)

Warum Enteignung der Kriegsverbrecher?

Beim Neuaufbau des deutschen Hauses muß man mit der Sicherung des Fundaments beginnen. Man kann nicht mit der Reparatur des Hauses beginnen, solange faule Stellen im Fundament sind. Solche faule Stellen waren die Positionen der militaristischen Großgrundbesitzer, Konzern- und Bankherren und anderer Kriegsverbrecher mit und ohne Nazimitgliedsbuch. Es wird in manchen Kreisen die Meinung vertreten, diese Sicherung des Fundaments des deutschen Hauses könne man später, etwa nach Bildung eines deutschen Parlaments durchführen. Das ist die alte Taktik der Reaktion, die sie nach dem ersten Weltkrieg mit Erfolg anwandte. Sie will Zeit gewinnen. Die großen Kriegsinteressenten wollen

ihre Machtpositionen halten, damit sie die demokratische Entwicklung hindern und mit Hilfe ihrer Finanzmacht und durch Ausnutzung ihrer Druckereien und Papierfabriken das Volk weiter betrügen können.

Die großen Kriegsinteressenten lassen sich jetzt umtaufen. Sie treten in der Maske von „Experten", von „Fachleuten" auf. Auf diese Weise hoffen sie, ihre Positionen zu halten und sabotieren den Wirtschaftsaufbau. Wir glauben, daß es in Deutschland genügend Ingenieure, Techniker und Angestellte, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gibt, die genügend Fachkenntnis haben, um diese „Experten" der Kriegswirtschaft zu ersetzen. Erst dann, wenn solche Männer die leitenden Posten der Wirtschaft innehaben, die nicht zu den Verfechtern der imperialistischen Eroberungspolitik gehören, erst dann kann von einer ernsthaften Umstellung in der deutschen Wirtschaft gesprochen werden.

Eine Verzögerung der Säuberung von Verwaltung und Wirtschaft von aktiven Nazis und anderen Kriegsverbrechern würde das Mißtrauen der anderen Völker gegen Deutschland stärken. Wer in der Welt wird unseren Worten Glauben schenken, solange wir nicht durch die Tat bewiesen haben, daß die Kriegs- und Naziverbrecher entmachtet und enteignet sind? Die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und der aktiven Nazis ist aber die Voraussetzung einer demokratischen Entwicklung. Sie ist ein Akt der Gerechtigkeit, weil

1. die aktiven Verfechter der Kriegspolitik ungeheure Verbrechen begingen — dafür erhalten sie die gerechte Strafe —,
2. das gesamte Vermögen der Kriegs- und Naziverbrecher für die Beseitigung der Schäden des Krieges benutzt werden muß,
3. den Kriegs- und Naziverbrechern nicht die materiellen Mittel gelassen werden dürfen, die sie noch ein drittes Mal für die Vorbereitung und Provokation des Krieges benutzen würden,
4. diese Fachleute des Krieges den Neuaufbau eines friedlichen Deutschlands sabotieren.

Ich glaube, mit gutem Recht sagen zu können, daß das sächsische Volk einen außerordentlich großen Beitrag für die Sicherung der Zukunft Deutschlands geleistet hat (sehr richtig!), in dem es vor der Pariser Konferenz den Willen zur Bestrafung der Kriegsverbrecher bekundete. Mit 77,7 Prozent aller Stimmen hat es im Volksentscheid die Übereignung der Betriebe der Kriegsverbrecher an die Landesverwaltung beschlossen. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Wandlung, die in unserem Volke vor sich geht. Durch den sächsischen Volksentscheid wurde ganz Deutschland das Beispiel gegeben, daß man die Kriegsverbrecher enteignen muß, damit eine friedliche Entwicklung gesichert werden kann.

Ich weiß, daß im Zusammenhang mit der Frage der Uebereignung der Betriebe behauptet wurde, die Enteignung der Kriegsverbrecher richte sich gegen das Privateigentum. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Zwar wurden die Großbetriebe und ein großer Teil der Mittelbetriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände der Länder bzw. der Provinzen oder der Genossenschaften übereignet, aber die Kleinbetriebe wurden durchweg in Privateigentum gegeben. Selbst die Kleinbetriebe der früheren nominellen Nazis, soweit sie beschlagnahmt waren, werden ihnen als privates Eigentum zurückgegeben. Wenn in Thüringen z. B. 47 Konzernbetriebe mit 129 Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen beschlagnahmt wurden, die jetzt der Landesverwaltung übereignet werden sollen, so ist das zweifellos ein Fortschritt auf dem Wege zur Sicherung des Friedens. Wenn insgesamt etwa 1300 Betriebe der Industrie übereignet und 1000 Betriebe zurückgegeben werden, so zeigt das, daß Garantien

geschaffen werden, damit nicht gewisse Kreise ihre alte Politik fortsetzen können. Aber die Betriebe, die nicht von öffentlichem Interesse sind, werden nicht in die Hände der Landesverwaltung oder Gemeindeverwaltung übergeführt, sondern in Privateigentum. Selbstverständlich gibt es auch eine Reihe kleinerer Betriebe, die für die kommunale Wirtschaft von Interesse und Bedeutung sind. Es gibt in einer Reihe von Städten Bauhöfe, die weiterentwickelt werden müssen, um die Bauwirtschaft schneller in Gang zu bringen. Das bedeutet nicht etwa eine Beschränkung des privaten Bauwesens; denn dieses hat volle Entwicklungsmöglichkeit. Es werden also das kommunale Bauwesen und das private Bauwesen gleichzeitig weiter gefördert.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie noch ein Wort zur Frage der Rückgabe der Betriebe an die kleinen nominellen Nazis! Warum geschieht das? Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß nach dem zweiten Weltkrieg nicht wie nach dem ersten die Kleinen dazu verurteilt werden, die Kriegslasten zu tragen. Diesmal sollen die Großen gehängt werden, und die Kleinen soll man in Ruhe lassen. Wir haben kein Interesse daran, den kleinen nominellen Nazis ihr Eigentum zu nehmen. Warum sollen wir sie in die Arme der Reaktion treiben? Sie sind betrogen worden. Sie haben geglaubt, durch den Hitlerkrieg werde es besser, und haben mitgeholfen, Deutschland zu ruinieren. Sie werden jetzt die Lehre aus der Geschichte zu ziehen haben und hoffentlich durch ihre ehrliche Arbeit zeigen, daß sie das, was sie an Schuld auf sich geladen haben, wieder gutmachen wollen. Das ist unser Standpunkt in dieser Frage. Wir wollen es nicht so machen, wie es in einigen Gebieten geschehen ist, wo die großen Kriegsverbrecher in den Konzernbüros sitzen, aber die nominellen Nazis aus den Betrieben entfernt werden. So darf es nicht gehen. Es werden große Ablenkungsmanöver durchgeführt: man will unser Augenmerk von den großen Kriegsverbrechern weg auf die Kleinen lenken. Wir wollen es umgekehrt machen: wir wollen die Großen bestrafen und sie enteignen, aber die Kleinen in Ruhe lassen.

Die Enteignung ist eine demokratische Maßnahme, durch die die Kriegsverbrecher bestraft und zugleich die Vorrechte der Konzern- und Bankherren beseitigt werden. Es wäre falsch, solche Maßnahmen etwa durch Juristenkommissionen oder dergleichen durchführen zu lassen. Das Wesen der Demokratie besteht nach unserer Auffassung darin, daß die Vertreter des Volkes selbst darüber entscheiden, welche Betriebe Kriegs- und Naziverbrechern gehören und welche nicht. Die Listen dieser Betriebe wurden gemeinsam von den Vertretern der drei antifaschistisch-demokratischen Parteien und der Gewerkschaften fertiggestellt.

Man hat von gegnerischer Seite hartnäckig das Gerücht verbreitet; jetzt kommen die Großen an die Reihe, und ein paar Monate später werden auch die Kleinen enteignet. Nun, die Erfahrungen bei der Durchführung der Bodenreform haben doch schon gezeigt, daß solche Behauptungen im Widerspruch zu den Tatsachen stehen. Auch während der Bodenreform wurde gesagt, nach den Großgrundbesitzern kommen die Groß- und Mittelbauern dran! Ich frage Sie: ist irgendwo ein Groß- oder Mittelbauer, es sei denn, daß er ein aktiver Nazi war, irgendwie angerührt worden? Mir scheint umgekehrt, daß es den Groß- und Mittelbauern gegenwärtig gar nicht so schlecht geht. Wir stehen also auf dem Standpunkt, daß das Privateigentum aller dieser Betriebe geachtet wird. Dasselbe gilt für die privatkapitalistischen Betriebe in der Industrie. Wir wissen sehr gut, daß es in der Zeit nach dem Sturze des Faschismus notwendigerweise eine Menge Zwargsmaßnahmen gegeben hat. Den Unternehmern wurden Rohstoffe beschlagnahmt usw. Manche Unternehmer haben gefragt: wie wird das

weitergehen? Wir glauben, daß man jetzt offen darüber sprechen kann, wie es weitergeht. Im Zusammenhang mit der Übereignung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher wird eine gewisse Ordnung geschaffen. Jeder weiß jetzt, welche Betriebe der Landes- oder Kommunalverwaltung gehören und welche Betriebe Privateigentum sind und auch bleiben werden. Niemand hat das Recht, diese Betriebe zu beschlagnahmen oder zu enteignen, es sei denn, es liegt ein offizieller Gerichtsbeschluß vor. Aber kein Bürgermeister und kein Landrat hat künftig von sich aus das Recht, Betriebe zu beschlagnahmen. Nachdem jetzt die Demontage beendet ist und festgelegt ist, welche Betriebe zur Liste A oder zur Liste C gehören, muß Klarheit darüber bestehen, daß alle anderen Betriebe die Möglichkeit erhalten müssen, sich frei zu entwickeln, daß die Unternehmer, soweit das im Rahmen der jetzigen Rohstoffknappheit möglich ist, aus eigener Initiative ihre Betriebe in Gang bringen und über den Rahmen der Produktionsaufträge hinaus die Produktion steigern können und steigern sollen.

Was ist demokratischer Wirtschaftsaufbau?

Man hat uns die Frage gestellt: was versteht ihr unter demokratischer Wirtschaftspolitik und welche Gründe geben Veranlassung, jetzt einen demokratischen Wirtschaftsaufbau durchzuführen? Wir gehen von den besonderen Entwicklungsbedingungen in Deutschland aus.

Im Verlauf von 25 Jahren haben die Herren der Konzerne, Banken, des Großgrundbesitzes und die alte und neue militaristische Bürokratie zweimal Deutschland in die Katastrophe gestürzt. Unser Volk hat es teuer bezahlt, daß es diesen Wölfen im Schafspelz gefolgt ist, die die Welteroberung verkündeten, aber in Wirklichkeit Deutschland ruinierten. Nachdem sich der Weg imperialistischer Eroberungen als verhängnisvoll erwiesen hat, kann es nur einen Weg geben, den Weg friedlicher Arbeit. Dieser Weg muß zunächst freigemacht werden von den Stellungen der bankrotten Kriegsinteressenten.

Eine Ursache für die Stärke der reaktionären, ewig kriegslüsternen Machthaber in Deutschland ist die Tatsache, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in Deutschland bisher nicht beendet wurde. Zu der Zeit, als der Kampf gegen den feudalen Grundbesitz auf der Tagesordnung stand, haben die demokratischen Kräfte im deutschen Volk nicht die Fähigkeit aufgebracht, die feudalen Machtpositionen zu beseitigen. Deshalb konnte der preußische Militarismus so lange in Deutschland herrschen. Erst jetzt nach dem Sturze des Hitlerregimes wurde mit einigen hundert Jahren Verspätung die Bodenreform in Deutschland durchgeführt. Auch die Säuberung der Verwaltung von den alten reaktionären, halbfeudalen Kräften erfolgte in Deutschland nicht zur gegebenen Zeit. In der bürgerlich-demokratischen Revolution vom Jahre 1848 wurden die Machtpositionen der feudalen Kräfte nicht beseitigt. Erst jetzt in Verbindung mit der Tatsache, daß die reaktionären Kräfte den Weg bis zum Faschismus gegangen sind — dieser Weg war für sie ideologisch nicht sehr weit; denn von der Ideologie des alten preußischen halbfeudalen Beamten bis zum Führerprinzip Hitlers ist kein sehr weiter Weg —, wurde die demokratische Säuberung der Verwaltung durchgeführt. Wir müssen also zunächst diese bisher versäumten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution lösen.

Naturgemäß erfolgt nach zwei Weltkriegen die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution unter besonderen Bedingungen. Zugleich mit der Vernichtung der Macht des preußischen Militarismus steht die Aufgabe der Vernichtung der Macht der großen Konzerne und Banken. Eine weitere Besonderheit ist

die Tatsache, daß zur Zeit der bürgerlichen Revolution im Jahre 1848 das Bürgertum die führende Kraft war, aber nachdem die alten bürgerlichen Parteien versagt hatten, geht jetzt der demokratische Neuaufbau unter entscheidendem Einfluß der Arbeiterschaft vor sich.

Warum noch nicht Sozialismus?

Es wäre falsch zu glauben, man könne gegenwärtig unmittelbar zum Sozialismus übergehen. Unter den Bedingungen der Besatzung kann man nicht den Sozialismus verwirklichen. Es gibt zwar verschiedene Parteien, die davon sprechen, aber ich möchte hier erklären, daß die Sozialistische Einheitspartei es für falsch hält, die demokratischen Maßnahmen, die gegenwärtig durchgeführt werden, als sozialistisch zu deklarieren. Schließlich kann man sich doch nicht der Illusion hingeben, daß verschiedene Besatzungsmächte, die gegenwärtig in Deutschland bestimmen, etwa die Errichtung des Sozialismus fördern wollen. Es wäre auch falsch, die Maßnahmen, die sich als Folgen des Krieges ergeben, z. B. die Rationierung, die Reparationslieferungen usw., irgendwie mit einer sozialistischen Wirtschaftspolitik in Beziehung zu bringen.

Es fehlen auch eine Reihe anderer Voraussetzungen. Es fehlt die Einigung der Arbeiterschaft in ganz Deutschland; es fehlt die Einigung der fortschrittlichen demokratischen Kräfte. Würden wir in der sowjetisch besetzten Zone in der Durchführung unserer demokratischen Politik einen Schritt weitergehen, so bestände die Gefahr der Zerreißung Deutschlands. (Sehr gut!) Wir wollen den reaktionären Kräften in anderen Zonen keinen Vorwand geben zur Weiterführung ihrer föderalistischen Politik. Alle Maßnahmen, die wir gegenwärtig im demokratischen Aufbau und in der Demokratisierung der Wirtschaft durchführen, müssen so erfolgen, daß sie in allen Teilen Deutschlands verwirklicht werden können. Es muß möglich sein und ist möglich, für diese Politik die Mehrheit des Volkes zu gewinnen, und wir sind überzeugt, daß das in ganz Deutschland gelingen wird. Das sind die Gründe, warum wir an der Durchführung dieses demokratischen Neuaufbaus Deutschlands festhalten. Das bedeutet keineswegs die Wiederholung des alten Weges der Weimarer Republik. Wir sagen offen, daß sich der Weg der Weimarer formellen Demokratie als unrichtig erwiesen hat. Wir müssen einen anderen Weg gehen.

Was ist der Unterschied zwischen der fortschrittlichen demokratischen Politik, der Weimarer Republik und der Hitlerherrschaft? Der Unterschied besteht im folgenden: in der Weimarer Republik hatten die Großbanken, Konzerne und Syndikate nicht nur die wirtschaftliche, sondern damit auch die politische Macht in den Händen, d. h. die Regierungen waren von diesen Machthabern abhängig. Diese Herren hatten die Möglichkeit, durch die Politik der Harzburger Front den Faschismus zur Macht zu bringen.

Während der Hitlerherrschaft wurde die Macht der Konzerne, der Banken und des Rüstungskapitals so weit verstärkt, daß man von einem Verwachsen des großkapitalistischen Wirtschaftsapparats mit dem Staatsapparat sprechen kann. Es zeigte sich, daß der Nazismus die Diktatur der reaktionärsten, räuberischsten Kreise des deutschen Konzern- und Bankkapitals war.

Die demokratische Ordnung, wie sie jetzt geschaffen wird, soll sich dadurch von allen anderen bisherigen Regierungssystemen unterscheiden, daß alles durch das Volk und alles für das Volk geschieht, daß die Vorrechte der Herren der Rüstungsindustrie und des Großgrundbesitzes beseitigt

werden, daß die Vorrechte der Beherrscher der Papierfabriken, Druckereien usw., wie z. B. Herr Hugenberg, verschwinden, daß das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen in Staat und Wirtschaft gesichert wird und daß faschistische und ähnliche reaktionäre oder imperialistische Organisationen nicht zugelassen werden. Ich verstehe unter Demokratie, daß auch die sogenannten großen Unternehmerorganisationen wie der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Verband der Eisenhüttenleute, also die Organisationen, die früher das imperialistische Eroberungsprogramm vertreten haben, in der Demokratie keinen Platz mehr haben.

Was ist das Charakteristische der demokratischen Wirtschaftsordnung?

Das Charakteristische ist, daß die Organe der demokratischen Selbstverwaltung im Besitz der Bodenschätze und der wichtigen Betriebe sind und die Wirtschaft im Interesse des ganzen Volkes lenken. Das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften, ihre Mitarbeit in den Wirtschaftsabteilungen bei den Selbstverwaltungsorganen, in den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern ist ein wichtiges Element der Demokratie.

In der demokratischen Wirtschaft gibt es verschiedene Arten von Betrieben:

1. Betriebe, die in den Händen des Volkes sind, die landeseigenen Betriebe, also die Betriebe, die den Kriegs- und Naziverbrechern weggenommen werden und die jetzt von Direktoren, die Demokraten sind und denen Verwaltungsausschüsse zur Seite stehen, geleitet werden;
2. privatkapitalistische Betriebe, die zahlenmäßig die Mehrheit bilden, und
3. Handwerksbetriebe, die selbstverständlich im Besitz der Handwerker bleiben und weiter gefördert werden müssen.

Es gibt also innerhalb der demokratischen Wirtschaftsordnung eine Gruppe landeseigener Betriebe, Betriebe des Bergbaus und andere Betriebe, die den Kriegsverbrechern beschlagnahmt und an die Landesverwaltung übereignet wurden. Daneben gibt es privatkapitalistische und Handwerksbetriebe. Das sind die Besonderheiten, und das ist der Unterschied gegenüber den anderen Wirtschaftsordnungen, die früher bestanden haben.

Man hat die Frage gestellt, ob in dieser demokratischen Wirtschaftsordnung die Entfaltung der Persönlichkeit genügend gesichert sei. Ich möchte sagen, daß erst jetzt in der demokratischen Wirtschaftsordnung die Entfaltung der Persönlichkeit möglich wird. Bisher konnte sich zwar die Persönlichkeit des einzelnen Unternehmers entfalten, aber jetzt wird auch die Möglichkeit geschaffen, daß sich die Persönlichkeitswerte der Angestellten, der Techniker, der Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre in der Wirtschaft voll entfalten.

Dieser Entfaltung stehen allerdings einige Schwierigkeiten im Wege. Es gibt noch gewisse Kreise, die der Entfaltung der Persönlichkeitswerte sehr mißtrauisch gegenüberstehen. Das zeigt z. B. eine Diskussion in der „Weser-Zeitung" in Bremen über das Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Wirtschaft. Der Generaldirektor der Jutespinnerei Bremen erklärt, indem er sich gegen das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte wendet, daß die Mitbestimmung weder zweckmäßig, noch durchführbar sei, und sagt: „Die Entscheidung aber ist seine Sache (die Sache

des Unternehmers); denn er allein trägt die Verantwortung und das Risiko, beides kann ihm niemand abnehmen." Selbstverständlich trägt in den privaten Betrieben der Unternehmer die Verantwortung, während sie in den landeseigenen Betrieben der Direktor und der Verwaltungsausschuß trägt. Also auch in den landeseigenen Betrieben hat der Direktor eine besondere, große Verantwortung. Wir legen besonderen Wert darauf, daß sich die Ingenieure, Arbeiter und Angestellten mitverantwortlich fühlen und aus eigener Initiative ihre Verbesserungsvorschläge machen und durch ihre Kritik helfen, Fehler zu beseitigen. Ich möchte sogar sagen, daß der Direktor und die Mitglieder des Verwaltungsausschusses eines landeseigenen Betriebes, die vorbildliche Arbeit leisten, höhere Persönlichkeitswerte zeigen als mancher Unternehmer, der es nur des Gewinnes wegen tut. Im übrigen wird das Nebeneinanderbestehen landeseigener und privatkapitalistischer Betriebe einen guten Qualitätswettbewerb ergeben.

Von größter Bedeutung ist das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen in der Wirtschaft. Was wäre das für eine Demokratie, in der das werktätige Volk für die Entwicklung der Wirtschaft keine Verantwortung trägt? Selbstverständlich hat das schaffende Volk eine große Verantwortung, und die Vertreter der Gewerkschaften haben in der demokratischen Wirtschaft eine besondere Verantwortung. Sie haben eine Verantwortung dafür, daß die Rohstoffe richtig ausgenutzt werden, daß die Preise gehalten werden, daß die Produktivität der Arbeit entwickelt wird, daß die Betriebe mehr produzieren, daß die Lage des Volkes verbessert wird. Aber sie haben auch dafür die Verantwortung, daß nicht etwa irgendwelche neuen Versuche, Konzerne zu bilden und Experimente zur Vorbereitung von Kriegen zu machen, erfolgen. Das ist eine gemeinsame Verantwortung, die alle Schaffenden haben, und gerade deshalb ist das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte so wichtig. Durch diese demokratische Mitverantwortung werden die Fähigkeiten des einzelnen sichtbar. Junge Kräfte aus dem schaffenden Volk werden gefördert und die Persönlichkeitswerte entwickelt.

Welche Garantien sind in der deutschen Verfassung nötig?

Wir denken, daß auf Grund der bisherigen Erfahrungen auch in der künftigen deutschen Verfassung Garantien für eine solche demokratische Entwicklung geschaffen werden müssen. Sowohl die Verfassung der demokratischen deutschen Republik wie die Ergänzungsverfassungen der Länder bzw. Provinzen müßten auf wirtschaftlichem Gebiet Garantien für die Sicherung des Friedens und der Demokratie enthalten. Unser Volk will nicht die Fortsetzung des alten Kreislaufes Krise — Krieg — Krise — Krieg.

Es ist an der Zeit, daß sich unser Volk darüber Gedanken macht, wie in der Verfassung gesichert wird, daß nie wieder Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer ihre wirtschaftliche Macht zu egoistischen Zwecken gegen die Interessen der Nation ausnützen können. Deshalb wäre es im Interesse des Volkes und der Nation verfassungsmäßig zu bestimmen, daß Großgrundbesitz (gemeint ist über 100 ha) nicht in privatem Besitz sein kann. Dasselbe gilt für die Bodenschätze, Eisenbahnen, Transport, Post, Telegraph, Radio.

Das Bestehen oder besser die Bildung von privaten Konzernen, Kartellen, Syndikaten oder Organisationen ähnlichen Charakters dürfte nicht erlaubt sein. Ausdrücklich müßte in der Verfassung gesagt werden, daß zum Wohl des Volkes und der friedlichen Arbeit eine Wirtschaftsplanung durchzuführen ist und daß die

Betriebsräte und Gewerkschaften eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung und volles Mitbestimmungsrecht besitzen müssen.

Solche Bestimmungen in der Verfassung würden keineswegs das Privateigentum treffen, wohl aber einer gefährlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Macht großkapitalistischer Kreise einen Riegel vorschieben.

Die Demokratie darf nicht nur darin bestehen, daß man alle zwei oder drei Jahre einen Stimmzettel abgibt, sondern das Wesen der Demokratie besteht in der Beseitigung der Vorrechte gewisser großkapitalistischer Kreise und in der täglichen Mitarbeit der Vertreter des Volkes, auch in der täglichen Kritik an den Fehlern, die vorkommen. Das alles scheint uns die Grundbedingung für die weitere demokratische Entwicklung zu sein.

Die Bedeutung der Bodenreform und des Landwirtschaftsplanes

Was haben wir im Neuaufbau der Wirtschaft in dieser Richtung bis jetzt erreicht? Was haben wir besonders auf dem Gebiete der Landwirtschaft erreicht? Ich glaube, wir können sagen, daß es infolge der planwirtschaftlichen Politik in der Landwirtschaft, der Durchführung der Bodenrefom und Schaffung eines neuen demokratischen Apparats auf dem Gebiete der Versorgung, gelungen ist, den Anschluß an die neue Ernte zu gewinnen. Wir wissen, daß es noch Schwierigkeiten gibt, Teile der Bevölkerung sind ungenügend mit Nahrungsmitteln versorgt. Aber immerhin ist das erreicht, was in keiner anderen Zone gelungen ist, nämlich die auf Karten versprochenen Lebensmittel werden geliefert. Man konnte also die Herabsetzung der Brotration auf 250 Gramm, wie es in den anderen Zonen geschah, vermeiden. Die Tatsachen beweisen offenkundig, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden.

Was müssen wir tun, um auf diesem Wege weiter vorwärtszukommen und die Lage des Volkes zu verbessern? Ich glaube, daß im kommenden Ernährungsjahr eine Erleichterung eintreten wird. Im Landwirtschaftsplan für 1946 ist eine Erhöhung der Anbaufläche von 550 000 ha Ackerland vorgesehen. Für Kartoffeln ist die Anbaufläche um 256 000 ha größer als im Vorjahre. An Zuckerrüben sollen 83 900 ha mehr als im Vorjahr angebaut werden. Gemüse ist im Jahre 1938 41 300 ha angebaut worden, im Jahre 1946 121 300 ha. Auch der Anbau von Faser- und Gespinstpflanzen ist um 3600 ha erhöht worden. Es ist also gelungen, die Anbaufläche bedeutend zu vergrößern.

Können wir die Ergiebigkeit der Landwirtschaft noch steigern? Jawohl, das ist möglich, wenn wir mehr Stickstoff- und Phosphordünger bekommen, wenn bestimmte wissenschaftliche Erfahrungen ausgenutzt werden, wenn die Kleinbauern wenigstens teilweise zum Tiefumpflanzungsverfahren übergehen usw. Werden eine Reihe solcher Verbesserungen in der Landwirtschaft durchgeführt, so können wir den Ertrag bedeutend steigern. Schon in diesem Anbaujahr ist es besser geworden, und im nächsten können wir eine weitere Steigerung erreichen. Aber dazu ist erforderlich, daß die Landwirtschaft besser als bisher mit Geräten und Ersatzteilen versorgt wird, d. h. daß in der Wirtschaftsplanung der Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten und Ersatzteilen größere Aufmerksamkeit gewidmet wird und mehr Rohstoffe, also mehr Eisen und Stahl für die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte usw. zur Verfügung stehen.

Wir können also sagen, daß sich nicht nur die Liquidierung des Reichsnährstandes und die Methode der Anbauplanung und Festlegung des Ablieferungs-

solls, sondern auch die Bodenreform absolut bewährt hat. Eine Zeitlang wurde davon gesprochen, die Bodenreform sei zu früh durchgeführt worden. Ich glaube, man kann richtiger sagen: sie ist einige hundert Jahre zu spät durchgeführt worden. (Zustimmung und Heiterkeit.) Aber ich frage Sie: wenn wir die Bodenreform nicht so rechtzeitig durchgeführt hätten, was wäre dann mit der Versorgung der Industriestädte geschehen? Dann wäre dort ein Zustand wie in einigen anderen Gebieten, wo sich die demokratischen Kräfte nicht aufs Dorf getrauen, weil dort die Faschisten die Herrschaft in Händen haben, und wo es reaktionäre Landräte gibt, die die Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte an die Industriegebiete verhindern. Solche Zustände haben wir dank der Durchführung der Bodenreform nicht. Die Bauern und Landarbeiter haben die alten faschistischen Verwalter und Großgrundbesitzer aus den Dörfern entfernt. Dadurch wurden die Voraussetzungen für eine demokratische Ordnung im Dorfe geschaffen.

Es ist eine falsche Auffassung, daß die Sicherung der Versorgung eine rein wirtschaftliche Frage ist. Solange noch Faschisten im Dorfe herrschen, kann es keine geordnete Versorgung geben; denn sie sabotieren. Also die Demokratisierung des Dorfes ist der erste Schritt zur Sicherung der Volksernährung (sehr gut!), und dieser erste Schritt wurde zum richtigen Zeitpunkt getan. Auch außenpolitisch war der Zeitpunkt richtig. Jetzt kann man in Paris immerhin feststellen, daß in einem großen Teil Deutschlands die militaristischen Kräfte im Dorf entmachtet sind. Das ist ein großes Plus. Die anderen Völker können sich durch Tatsachen überzeugen, daß wir ernsthaft den Militarismus in Deutschland beseitigen.

In einigen Kreisen im Westen wurde gesagt: Nun ja, eine Bodenreform könnte man durchführen, aber viel später und nicht so schnell! Die Herren denken an die Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg. Damals hat man auch gesagt: erst später! Erst brauchen wir eine Nationalversammlung, und dann werden wir schon sehen, ob wir nicht eine Mehrheit bekommen, damit die Fürsten ihre Abfindung erhalten. (Heitere Zustimmung.) Die Herren haben es sich so vorgestellt: wenn man Zeit gewinnt, kann man es mit der Bodenreform machen, wie nach dem ersten Weltkrieg mit der Fürstenabfindung. (Sehr gut.) Nach unserer Meinung hat sich der Weg nach dem ersten Weltkrieg als falsch erwiesen. Deshalb steht nicht zuerst die Schaffung des Parlaments, sondern zuerst steht die Sicherung der Grundlagen der friedlichen und demokratischen Entwicklung. (Lebhafter Beifall.)

Die Bodenreform wurde demokratisch durchgeführt. 9500 Bodenkommissionen mit 52 388 Mitgliedern waren tätig, d. h. die Bauernschaft und die Landarbeiter haben mit Hilfe des demokratischen Landes und der Kreisverwaltungen die Bodenreform durchgeführt.

Die Gesamtfläche der enteigneten Güter betrug 2 254 436 ha, davon sind mehr als 730 000 ha Waldfläche. Ferner wurden 2330 Wirtschaften mit einer Gesamtfläche von 77 800 ha, die Kriegsverbrechern und aktiven Nazis gehört hatten, enteignet. Schließlich wurden noch 1010 Güter aus Staatsbesitz in den Bodenfonds übergeführt.

Der Gesamtfonds der Bodenreform betrug somit 2 717 056 ha. Bis 1. März 1946 erhielten 124 142 Landarbeiter und landlose Bauern 868 000 ha Acker und Wald zugeteilt. Auf jede neue Wirtschaft kommen durchschnittlich 7 ha.

136 000 landarme Bauern und Kleinpächter bekamen zu ihrem bisherigen Landbesitz insgesamt 335 000 ha Acker und Wald hinzu.

64 578 Umsiedler erhielten 566 000 ha Acker und Wald. Das sind durchschnittlich 8,8 ha je Wirtschaft.

56 864 Arbeiter, Angestellte und Handwerker erhielten als Parzellen eine Gesamtfläche von 47 000 ha zugeteilt.

In einer Reihe von Provinzen wurde, soweit die Möglichkeit bestand, Wald auch an Bauernwirtschaften von 5 bis 15 ha, und zwar 1 bis 3 ha pro Wirtschaft zugeteilt.

Es ist ein großer Erfolg, daß es gelungen ist, so vielen Bodenbewerbern Land zu geben. Denken Sie daran, wieviel Umsiedler darunter sind, die jetzt wieder bodenständig geworden sind und ihrer friedlichen Arbeit nachgehen! Wir glauben also, sagen zu können, in einem Drittel Deutschlands wurde alles getan, um die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln und zu erreichen, daß im Dorf die demokratischen Kräfte die Führung in die Hände bekommen. Es ist einer der Hauptgesichtspunkte unserer demokratischen Politik, daß eine Veränderung im Dorfe Platz greift, daß die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, die nicht nur eine Vereinigung der Neubauern, sondern aller werktätiger Bauern werden mögen, zu der wirtschaftlichen und politischen führenden demokratischen Kraft im Dorfe werden. Ihren Geräteverleihstationen und Viehzuchtstationen muß man die notwendige Hilfe angedeihen lassen, um auf diese Weise die gesamte Landwirtschaft zu fördern. Ich glaube sogar sagen zu können, daß die Entwicklung der Demokratie im Dorfe für manche Städte vorbildlich ist. Wenn jetzt die Bauern mit ihren Vorschlägen und ihrer Kritik auftreten, auch offen sagen, wenn der Landrat Dummheiten gemacht hat, so gehört das zur Demokratie. Aber in den Städten haben wir nicht überall diese Entwicklung zur Demokratie, und manche Stadtbewohner könnten aus der Entwicklung im Dorfe einiges lernen.

Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften

Ich möchte zunächst sagen, daß es auf Grund der voraussichtlich guten Ernte möglich sein wird, schon in nächster Zeit eine gewisse Verbesserung der Lebensmittelversorgung der unteren Kategorien durchzuführen. Sie wissen, daß entsprechende Anträge an die sowjetische Militär-Administration gestellt wurden. Wahrscheinlich werden diese Wünsche berücksichtigt und gewisse Erhöhungen der unteren Versorgergruppen erreicht werden. Aber das genügt nicht. Mit Recht stellt man die Frage: was wird mit den freien Spitzen? Sie wissen alle, daß wir streng den Grundsatz einhalten wollen, daß dem Bauern sein Ablieferungssoll mitgeteilt wird, daß er aber über die landwirtschaftlichen Produkte, die er nach der Erfüllung des Ablieferungssolls behält, frei verfügen kann. An diesem Prinzip werden wir festhalten. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen des Mangels muß verhindert werden, daß die freien Spitzen auf den Schwarzen Markt wandern. Deshalb stellen wir den Vorschlag zur Diskussion, den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu erlauben, die freien Spitzen von den Bauern aufzukaufen, wenn auch zu etwas höheren Preisen. (Bravo!) Das heißt: durch den Aufkauf der freien Spitzen durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften können wir erreichen, daß weniger landwirtschaftliche Produkte auf den Schwarzen Markt wandern. Wenn diese Maßnahme mit einer großen Aufklärungsarbeit unter den Bauern verbunden wird, können wir erreichen, daß der größte Teil der freien Spitzen auf diese Weise aufgekauft werden kann und somit für die Schulspeisung, die Versorgung von Fabrikküchen und auch für den Verkauf in den Läden der Industriestädte zur Verfügung steht.

Dieses Verfahren erfordert, daß eine bessere Versorgung der Bauern mit Industriewaren erfolgt. Es ist unmöglich, daß es in der Stadt Zigaretten auf Karten gab, der Bauer jedoch auf direktem Wege überhaupt keine erhielt. Er konnte sie nur durch die Schieber bekommen. Wie wäre es, wenn wir durch die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Landes- und Kreisverwaltungen den Bauern bestimmte Waren zur Verfügung stellen und sie verpflichten, die freien Spitzen abzuliefern? Warum können wir nicht organisieren, daß die Bauern die freien Spitzen z. B. an Obst an die landwirtschaftlichen Genossenschaften abliefern, während diese sich verpflichten, eine bestimmte Menge Zucker den Bauern zu liefern? Das ist absolut möglich. Man kann nicht eine Landwirtschaftspolitik machen, daß man den Bauern alles wegnimmt, ihm aber keine Industriewaren gibt. Der Bauer ist ein Privateigentümer. Man muß den Bauern nehmen, wie er ist, und muß ihn anregen, möglichst viele landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen und noch mehr zu arbeiten als bisher. Dafür bekommt er gewisse Prämien, indem er für die freien Spitzen etwas höhere Preise erhält. Das ist die einzig reale Möglichkeit, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, die Versorgung der Industriestädte zu verbessern und eine verständnisvolle Zusammenarbeit von Stadt- und Landbevölkerung zu erreichen.

Ich bin der Meinung, daß man damit Schluß machen muß, daß die Polizei bei den kleinen Leuten, die sich auf dem Dorf ein paar Kilo Kartoffeln gekauft haben, diese beschlagnahmt (Rufe: Ausgezeichnet! Sehr gut! Lebhafte Zustimmung.) Das ist nicht die Aufgabe der Polizei. Die Polizei soll für Ordnung sorgen, sie soll suchen, wo die aktiven Faschisten stecken, wo sich faschistische Agenten herumtreiben. Sie soll die Ordnung sichern und die großen Schieber fassen, aber die kleinen Leute in Ruhe lassen. (Beifall.) Wir wollen daran mithelfen, daß die Polizei zu einer Volkspolizei wird und daß nicht bei der Bevölkerung der Eindruck entsteht, als führe die Polizei Maßnahmen durch, die nicht den Interessen der Gesamtbevölkerung entsprechen. Mit der Beschlagnahme von einigen Kilo Lebensmitteln wird ja der Schwarzhandel nicht bekämpft. Das bringt nur Unzufriedenheit und nützt absolut nichts.

Sie sehen also, wir haben einen bestimmten Plan für die gesamte Ernährungspolitik. Ich weiß, es gibt Leute, die dagegen Einwendungen haben. Es gibt Arbeiter, die sagen: warum beschlagnahmt ihr nicht alles? Warum nicht? Weil wir nicht die Methode der Nazis anwenden wollen, deshalb tun wir das nicht! Wir unterscheiden uns bewußt von dieser Methode und sagen: es muß eine Ordnung geschaffen werden, daß der Bauer im Frühjahr erfährt, wie hoch sein Ablieferungssoll ist, und daß niemand das Recht hat, ihn zu höheren Ablieferungen zu zwingen. Ich weiß, daß wir diese Verpflichtung den Bauern gegenüber in diesem Jahr nicht haben einhalten können. Den Bauern wurde mehr weggenommen, als ursprünglich festgelegt war. Das hing mit besonderen Schwierigkeiten zusammen. Aber allmählich muß eine Ordnung geschaffen werden, daß der Bauer weiß, wieviel landwirtschaftliche Erzeugnisse angebaut werden müssen und wieviel er davon abliefern soll. Wenn er gut arbeitet, hat er mehr freie Spitzen, die er zu höheren Preisen verkaufen kann. Wir glauben, daß diese Politik, die sich bisher schon bewährt hat, in Zukunft noch mehr Nutzen bringen wird.

Notwendig scheint mir vor allem eine größere Hilfe für die Neubauern und eine schnellere Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Das ist auch deshalb notwendig, weil immer mehr Wucherer im Dorf ihr Unwesen treiben, die zu Wucherpreisen Vieh einkaufen und wieder verkaufen. Dem muß man mit Hilfe der landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Ende bereiten.

Der Stand der landwirtschaftlichen Genossenschaften war am 21. Mai 1946 folgender:

Mecklenburg . .	1226	Genossenschaften mit	86 196	Mitgliedern
Brandenburg . .	1695	„ „	157 158	„
Prov. Sachsen . .	1404	„ „	265 680	„
Thüringen . . .	1225	„ „	150 853	„
Ld. Sachsen . . .	762	„ „	128 293	„
zusammen	6312	Genossenschaften mit	788 180	Mitgliedern.

Diese 6312 Genossenschaften in der sowjetisch besetzten Zone verteilen sich auf:

Kreditgenossenschaften	2927
Ein- und Verkaufsgenossenschaften	385
Viehverwertungsgenossenschaften	103
Elektrizitätsgenossenschaften	1142
Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften	34
Milchlieferungsgenossenschaften	246
Molkereigenossenschaften	726
sonstige Genossenschaften	749

Bemerkenswert an dieser Aufstellung ist die geringe Anzahl von Waren- bzw. Ein- und Verkaufsgenossenschaften. Wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften maßgeblich bei der Erfassung der bäuerlichen Produkte und besonders der überschüssigen freien Mengen eingeschaltet werden sollen, muß die Zahl der bestehenden Warengenossenschaften bedeutend erhöht werden.

Es ist bekannt, daß die Lage der Bauern sehr ungleichmäßig und unterschiedlich ist. Es gibt Bauern, die einen verhältnismäßig guten Viehbestand haben, während andere fast gar kein Vieh besitzen. In einigen Gebieten wurde der Vorschlag gemacht, daß man den Bauern, die zuviel Vieh haben, Vieh wegnehmen soll, um es den anderen zu geben. Es wurde sogar erklärt, daß man das auf Befehl des Landrats durchführen könne. Wir sind gegen solche Zwangsmaßnahmen. (Sehr richtig!) Wir sind dafür, daß die Groß- und Mittelbauern auf dem Wege der Volkssolidarität überzeugt werden, daß sie von ihrem großen Viehbestand einen Teil an die Klein- und Neubauern verkaufen. Das wollen wir aber nur auf dem Wege der Ueberzeugung und nicht durch Befehl erreichen. Am besten erfolgt der Verkauf durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Es hat sich erwiesen, daß manche private Viehhändler gutes Vieh verschachert und den Neubauern schlechtes angeboten haben. Im Kreise Lebes war z. B. eine private Gesellschaft mit dem Ankauf des Viehes betraut worden. Diese forderte Wucherpreise, z. B. für eine Kuh bis 1200 Mark.

Ich sagte schon, daß wir gegen Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern sind. Es geht nicht nur um die Sicherung der Versorgung und darum, den Bauern zur Mehrarbeit und zur Mehrerzeugung zu veranlassen, sondern es geht um die Frage des Verhältnisses des werktätigen Volkes der Stadt zur Bauernschaft. (Sehr gut!) Man muß mit der verhängnisvollen Tradition in Deutschland Schluß machen, daß gewisse Reaktionäre die Bauern gegen die Arbeiter und die Arbeiter gegen die Bauern treiben. Von dem höheren Gesichtspunkt der Entwicklung und Festigung des Bündnisses zwischen werktätigem Volk in der Stadt und Bauernschaft müssen wir uns leiten lassen. Wir dürfen nicht zulassen, daß irgendwelche Maßnahmen von Polizei oder Bürgermeistern durchgeführt werden, die von der Bauernschaft als feindliche Maßnahmen seitens der Arbeiterschaft aufgefaßt

werden. Unsere Politik muß von dem Willen geleitet sein, die Einheit des werktätigen Volkes der Stadt und des Landes ein für allemal zu sichern. Das ist auch die Frage der Einheit aller demokratischen Kräfte über die Zonengrenzen hinweg.

Fragen der Wirtschaftsplanung

Wie steht es nun mit unserer Wirtschaft? Sie spüren täglich, in welch ungeheurer Not wir uns befinden, wie es sozusagen an allem mangelt. Wie können wir aus dieser Notlage herauskommen? Nur mit Hilfe einer systematischen Wirtschaftsplanung.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen ein paar einfache Beispiele aus Thüringen nenne. In der Metallindustrie in Thüringen wurden folgende Waren hergestellt: Aschenbecher im Werte von 24 600 RM, Feuerzeuge im Werte von 117 000 RM. In der Holzindustrie wurden hergestellt: Tabakpfeifen im Werte von 174 000 RM; Kinderspielwaren im Werte von 30 000 RM. Weiter wurden erzeugt Einkaufstaschen und -netze im Werte von 66 500 RM. Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, daß gegenwärtig noch gewisse Waren produziert werden, die wir nicht brauchen (Zustimmung) und daß wir zu einer Wirtschaftsplanung übergehen müssen, die die Gewähr für eine richtige Verwertung der Rohstoffe und Vertriebskraft bietet. In einigen Gebieten wird über den Mangel an Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen geklagt. Man sagt, dafür sei nicht genügend Eisen da. Ich glaube, daß manches Kilogramm Eisen und Stahl für unwichtige Zwecke verwendet wird. Wir müssen daher eine Wirtschaftsplanung erreichen, die es uns ermöglicht, die vorhandenen Rohstoffe richtig zu verwenden und die gewährleistet, daß solche Industrieprodukte und Ersatzteile hergestellt werden, die wir am dringendsten brauchen.

Bei einer Kontrolle in einer Provinz habe ich festgestellt, daß die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe sich über das Fehlen von landwirtschaftlichen Geräten beklagte. Es fehlt besonders an Sensen. Bei einer Prüfung der Abteilung Wirtschaft ergab sich, daß im Wirtschaftsplan die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte absolut vernachlässigt war.

In der schweren Lage, in der wir uns heute befinden, kann der beste Verwaltungsapparat die Schwächen und Fehler allein nicht überwinden. Eine engere Zusammenarbeit der verschiedenen Abteilungen und Ämter ist nötig, aber auch mehr Vorschläge und mehr gesunde Kritik von unten von den einfachen Werktätigen. Es muß erreicht werden, daß die Fragen der Wirtschaft offen vor der Bevölkerung gestellt und offen in den Gewerkschaftsversammlungen behandelt werden. Es darf nicht vorkommen, daß in der gesamten sowjetischen Zone mindestens 40 000 Sensen fehlen. In diesem Falle hätte man rechtzeitig bestimmte Betriebe bestimmen müssen, die die Sensen herstellen sollen. Man wendet ein: Wir haben nicht überall den entsprechenden Stahl. Ich weiß, überall ist es nicht, aber an einzelnen Stellen gibt es doch solchen. Es kommt darauf an, daß das produziert wird, was vordringlich notwendig ist. Heute ist es aber leider so, daß auch einige Unternehmer nicht das dringend Notwendige produzieren, sondern ganz nebensächliche Dinge, nur weil sie annehmen, damit mehr verdienen und mehr Kompensationsgeschäfte machen zu können. Es genügt nicht, Produktionsaufträge von Berlin aus oder von der Landesverwaltung zu geben. Es ist notwendig, bei der Wirtschaftsplanung die ganze Initiative aller Kräfte der Wirtschaft einzusetzen: der Direktoren der landeseigenen Betriebe, der Unternehmer, der

Handwerksmeister usw. Alle sollen mitarbeiten, Vorschläge machen und die vorhandenen Fehler aufdecken.

Für jeden Kreis und jede Stadt muß ein Plan ausgearbeitet werden. Es gibt in jedem Kreise bestimmt wirtschaftliche Reserven. Vielleicht haben sie keine Ziegeleien oder für die Ziegeleien keine Kohle, dann muß man andere Methoden anwenden, um künstliche Bausteine zu erzeugen. Das kann man in den meisten Kreisen. So findet man überall Wege, um den Neubauern bei der Errichtung ihrer Gebäude oder in der Stadt bei der Reparatur der bombenzerstörten Wohnungen zu helfen. Die Initiative in den Kreisen der Wirtschaft, der Gewerkschaftler usw. ist bisher ungenügend. Bisher ist der Wirtschaftsplan, soweit er existierte, ein Geheimnis der Wirtschaftsabteilung. Ich weiß, woran es liegt und weiß auch, daß man das nicht schon im nächsten Monat ändern kann, aber im Laufe der nächsten Monate muß es geändert werden können, weil wir auf dem bisherigen Wege nicht weiter kommen. Man kann nicht die Arbeitsmoral heben, wenn die Arbeiter nicht wissen, wenn sie nicht genügend verstehen, worum es eigentlich geht. (Sehr gut!) Deshalb muß die Wirtschaftsplanung allmählich entwickelt werden.

Man hat uns gefragt: Wollt ihr nicht doch eine totale Planung? Ich möchte ganz offen sagen, das wollen wir nicht nur nicht, sondern das können wir auch gar nicht. Wir sind unter den Bedingungen einer demokratischen Wirtschaft gar nicht imstande, alles zu planen. Das kann man in einer sozialistischen Wirtschaft, wo die Produktionsmittel im Besitz der sozialistischen Gesellschaft sind, aber nicht in der gegenwärtigen demokratischen Wirtschaft. Das heißt, auch in der demokratischen Wirtschaft gilt der Grundsatz, daß die einzelnen Betriebe ein Produktionssoll bekommen, und daß sie darüber hinaus produzieren und frei verkaufen können.

Wir haben bisher erreicht, daß die Arbeitslosigkeit in der sowjetisch besetzten Zone beseitigt wurde. Die Leute, die heute noch arbeitslos sind, sind fast alle nur zum Teil arbeitsfähig. Wenn wir die Wirtschaft weiter entwickeln wollen, stoßen wir bereits auf das Problem der Umschulung und Heranschulung neuer Arbeitskräfte. Wir stehen in den nächsten Monaten vor der Frage, daß die Arbeitskräfte nicht ausreichen. In der Provinz Sachsen besteht gegenwärtig schon ein direkter Arbeitermangel, und auch in den anderen Gebieten wird bald eine ähnliche Lage eintreten. Was muß also geschehen? Wir müssen eine gewisse Umgruppierung durchführen in der Weise, daß bestimmte Berufszweige für Kriegsbeschädigte, für Frauen usw. freigemacht werden und die gesunden Arbeitskräfte in anderen Berufszweigen tätig sind. Vor allem müssen wir der Jugend helfen, einen Beruf zu lernen. (Sehr richtig!) Wir müssen erreichen, daß die Handwerksmeister jede Möglichkeit zur Ausbildung von Lehrlingen ausnutzen und daß in den Betrieben Jugendliche, Mädchen und Jungen, als angelernte Arbeitskräfte eingesetzt werden und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, einen Beruf zu lernen.

Ich habe gehört, daß man in einem Gebiet ein Arbeitsjahr eingeführt hat. Als wir das erfuhren, haben wir sofort dagegen protestiert. Wozu brauchen wir das? Wir sind absolut imstande, mit unserer Wirtschaftspolitik zu erreichen, daß die Jugendlichen entweder bei Handwerksmeistern oder in anderen Betrieben lernen oder daß ein Teil der Jugendlichen in der Landwirtschaft eingesetzt wird. Dazu braucht man kein Zwangsarbeitsjahr oder ähnliche Maßnahmen einzuführen. Wenn wir nicht imstande sind, durch unsere Wirtschaftsorgane, durch die Abteilungen Arbeit usw. die Arbeitskräfte heranzuziehen, so zeigt das, daß gewisse

Mängel in der Arbeit dieser Organe bestehen. Es muß uns ohne Zwangsmaßnahmen gelingen, die Jugendlichen zu regelrechter Arbeit heranzuziehen.

Bei der Durchführung der gesamten Wirtschaftsplanung müssen wir noch mehr als bisher die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gebrauchsgegenständen vor Beginn des Winters berücksichtigen. Es handelt sich da z. B. um die Beschaffung von Stopfgarn und dergleichen für Frauen, um die bessere Zuteilung von Rohstoffen an die Handwerker, weil ja in den nächsten Jahren die Versorgung der Bevölkerung hauptsächlich durch die Handwerksbetriebe erfolgen wird. Deshalb müssen wir die Versorgung des Handwerks im Rohstoffplan mehr als bisher berücksichtigen. Man muß zunächst erreichen, daß man Schuhsohlen bekommt. Man fragt sich z. B., wie es kommt, daß für Arbeiter nicht genügend Holzschuhe da sind. Niemand wird behaupten wollen, daß es dafür kein Holz gibt. Warum fehlen also Holzpantoffeln und Holzschuhe für die Arbeiter? Mir scheint es notwendig zu sein, daß die Planabteilung eine Reihe von Produktionsaufträgen für solche Gebrauchsgüter gibt. In der sowjetischen Zone wurde im Quartalsplan die Herstellung einer bestimmten Menge von Holzschuhen vorgesehen. Ebenso war die Herstellung von Stoffschuhen für Frauen im Sommer vorgesehen. Diese Produktionspläne sind nicht erfüllt. Also, die Wirtschaftsabteilung möge prüfen, warum die einfachsten, aber dringend notwendigen Gebrauchsartikel nicht hergestellt werden.

Ich habe schon auf die besondere Bedeutung hingewiesen, die das Handwerk in der gegenwärtigen Situation für die Entwicklung unserer Wirtschaft hat. Während der Nazizeit wurde das Handwerk von den großen Konzernen, Kartellen usw. kommandiert und war gewissermaßen nur ein Rädchen im System der Kriegswirtschaft. Jetzt ist die Lage eine andere. Wir sagen ganz klar, daß in den nächsten Jahren die Versorgung der Bevölkerung von der Entwicklung des Handwerks abhängig sein wird. Deshalb sind wir an einer schnelleren Entwicklung des Handwerks interessiert. Wenn in der Landwirtschaft eine große Zahl von Geräten repariert wurde, so ist das vor allen Dingen dem Handwerker zu danken. Aber wir müssen dem Handwerk auch mehr helfen. Wir müssen den Handwerkern mehr Rohstoffe auf Grund des Rohstoffplans zuweisen und die Belieferung mit Rohstoffen vereinfachen. Das kann vielleicht dadurch geschehen, daß die Handwerker-Genossenschaften ausgebaut werden, um so die Belieferung mit Rohstoffen zu erleichtern. Für das Handwerk muß weiter eine gewisse Ordnung geschaffen werden. Der Arbeitseinsatz muß geregelt werden. Nicht jeder hat das Recht, Aufträge an das Handwerk zu geben. Es ist zu fordern, daß bei den Arbeitsämtern besondere Berater eingesetzt werden, die Vertreter des Handwerks sind und dafür sorgen, daß ein regulärer Arbeitseinsatz des Handwerks erfolgt und nicht Arbeitskräfte vergeudet oder falsch eingesetzt werden.

Um die wirtschaftliche Einheit Deutschlands

Bei der Durchführung der Wirtschaftspolitik stoßen wir infolge der Einteilung Deutschlands in vier Zonen auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Wie kann man sie vermindern und allmählich überwinden? Das erste und leichteste ist wohl, daß wir den Kampf führen gegen die Berge von Lügen, die gegenwärtig die verschiedenen Zonen trennen. Der Präsident Paul hat vorhin schon ein paar Beispiele angeführt. Aber was sagen Sie dazu, wenn es aus Anlaß der Leipziger Messe vorgekommen ist, daß eine Amtsstelle in der Stadt Hannover den Geschäftsreisenden, die zur Leipziger Messe reisen wollten, mitteilte, sie müßten sich mit

Trinkwasser und voller Verpflegung versehen (Heiterkeit). Das war eine amtliche Stelle! In München wurden vor Abfahrt des Sonderzuges Gerüchte verbreitet, die Leipziger Messe sei abgesagt, ebenso in Hamburg. Leute, die nach Leipzig kamen, hatten vielfach ihre Wertsachen zu Hause gelassen, weil sie annahmen, sie würden auf der Leipziger Messe alles los werden. (Erneute Heiterkeit.) Sie waren dann erschrocken, als sie in Leipzig sehr normale Verhältnisse vorfanden und wären froh gewesen, wenn das überall so wäre. (Hört, hört! und heitere Zustimmung.) Das erste also, was wir ändern müssen, ist, die Lügenmauer zu beseitigen. Von wem wurde sie geschaffen und wozu? Sie wurde aufgerichtet von gewissen Kreisen der Großgrundbesitzer, die aus bekannten Gründen aus der Sowjetzone nach dem Westen gegangen sind. Die Lügen wurden verbreitet von solchen Leuten, die dem Hugenberg-Konzern nahestehen, von den Kreisen der Konzernherren, der großen Unternehmerorganisationen, die ihren Sitz in Düsseldorf haben. Diese Kreise haben ein Interesse an solchen Gerüchten, weil sie vor der Demokratie Angst haben. Vor nichts haben sie mehr Angst als davor, daß die Demokratie sich in den Westgebieten auch entwickelt. Deshalb ist es vor allem notwendig, die Wahrheit über die Verhältnisse und die Entwicklungsbedingungen in der sowjetisch besetzten Zone überall zu verbreiten.

Die Leipziger Messe war ein Fortschritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der Geschäftsverbindungen über die Zonengrenzen hinweg und wir glauben, daß diejenigen, die an der Gestaltung der Messe so erfolgreich gearbeitet haben, sich ein großes Verdienst erwarben. Der nächste Schritt auf dem Wege waren dann die Vertragsverhandlungen zwischen den Vertretern der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungszone, die auch zu einem positiven Ergebnis führten. Dabei wurde vereinbart, welche Waren aus der Sowjetzone geliefert werden und welche Waren dafür aus der amerikanischen Zone hierher kommen. Es ist eine falsche Auffassung, wenn einige Herren der Meinung sind, Handel bestehe darin, daß die einen geben und die anderen keine Gegenleistungen nötig haben. Wenn kürzlich ein Vertreter im Westen die Frage stellte, wann es möglich sei, Lebensmittel aus der sowjetischen Zone für die englische Zone zu erhalten, so ist das doch eine etwas illusionäre Auffassung.

Wir sind sehr erfreut, daß nun auch im Westen unsere demokratische Landwirtschaftspolitik anerkannt wird und man sogar an den Früchten der Bodenreform teilhaben will, aber so billig geht es doch nicht. Wenn Samen oder andere Waren geliefert werden sollen, so nicht im Austausch gegen Papiergeld, sondern z. B. gegen Pferde.

Wir wollen alles tun, um diesen Handel möglichst schnell in Gang zu bringen. Aber hier gibt es gewisse Hindernisse, die nicht in der Wirtschaftsstruktur begründet sind, sondern ihre Ursache darin haben, daß es gewisse Wirtschaftsführer im Westen gibt, die kein Interesse an dieser Wirtschaftspolitik haben. Natürlich ist es schwer, mit den alten Imperialisten von der Guten-Hoffnungs-Hütte oder vom Verband der Eisenhüttenleute Verhandlungen zu führen. Diese Herren haben ein Interesse daran, daß die chinesische Mauer bleibt, daß Deutschland in 11 oder 13 Staaten aufgeteilt wird.

Wir sprechen den Wunsch aus, daß es bald gelingen möge, nicht nur die wirtschaftlichen Verbindungen schnell zu verbessern, sondern Staatssekretariate für ganz Deutschland zu errichten, um auf diesem Wege schneller zu einer wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu kommen. Wir begrüßen es — und es entspricht völlig den Auffassungen des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien —, daß möglichst bald solche Staats-

sekretariate als Übergang zu einer deutschen demokratischen Regierung gebildet werden, die die Fähigkeit hat, eine neue demokratische Ordnung in ganz Deutschland aufzubauen, die Reste des Faschismus zu liquidieren, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, durch die allmählich die Kriegsfolgen überwunden werden, die Reparationen zu leisten und die Versorgung der Bevölkerung Schritt für Schritt zu verbessern. Wenn wir einheitlich und geschlossen den Kampf mit diesem Ziel führen und alle demokratischen Kräfte in allen Teilen Deutschlands aufs engste zusammenarbeiten, dann werden wir auch vorwärtskommen.

Kürzlich erklärte der Führer der Sozialdemokratie in der englischen Zone, die Tragödie Deutschlands bestehe darin, daß sich die Besatzungsmächte nicht einig seien. Ich bin mit dieser Einschätzung der Lage nicht einverstanden. Vielmehr scheint mir die Tragödie Deutschlands darin zu bestehen, daß sich die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk noch nicht einig sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn sich die deutsche Arbeiterschaft und das deutsche Volk einig wären, wäre es doch gelacht, wenn nicht die Einheit Deutschlands und seine wirtschaftliche Entwicklung gesichert werden könnten. (Sehr richtig!) Wenn die vier Besatzungsmächte sehen, daß das deutsche Volk sich in der Liquidierung der Macht der Kriegsverbrecher, in der Überwindung der alten nazistischen Ideologie, im demokratischen Aufbau einig ist, dann werden wir das Vertrauen der anderen Völker gewinnen, und auch manche Erleichterungen in bezug auf die Besatzung bekommen. Aber solange wir nicht bewiesen haben, daß wir fähig sind, einen neuen Weg zu gehen und eine neue Ordnung zu schaffen, können wir nicht verlangen, daß uns die anderen Völker Vertrauen auf Vorschuß geben. Es ist eine große geschichtliche Aufgabe, vor der wir stehen.

Der Hitlerfaschismus hatte in seinem Programm den Übergang von der Handelspolitik der Vergangenheit zur Bodenpolitik der Zukunft verkündet. Damit ist er von den friedlichen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur Politik der Eroberung fremder Länder übergegangen. Das war das Grundprinzip der gesamten faschistischen Politik. Das war die Fortsetzung der alten deutschnationalen Politik und auch im wesentlichen der Politik der Deutschen Volkspartei. Jetzt müssen wir einen anderen Weg gehen: Den Weg der friedlichen Arbeit, des friedlichen Aufbaus, der Schaffung einer fortschrittlichen demokratischen Ordnung, in der des Volkes Wille das oberste Gesetz ist. In dem Maße, wie wir mit unseren Kräften diese Aufgaben lösen und die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Deutschland gesichert wird, in dem Maße, wie unser Volk sich über die Zukunft Deutschlands klar wird, in dem Maße werden wir das Vertrauen der anderen Völker gewinnen und werden uns wieder in den Kreis der Völker einreihen können. Diesen neuen Weg gilt es mutig und entschlossen zu gehen und alle Schwierigkeiten mit gemeinsamen Kräften zu überwinden. Wenn wir das tun und wenn wir hier in der Sowjetzone dafür ein Vorbild geben, so wird es auch in anderen Gebieten Deutschlands nachgeahmt werden. Indem wir hier die fortschrittliche demokratische Ordnung schaffen, werden wir dazu beitragen, die Einheit Deutschlands und damit die Zukunft unseres Volkes zu sichern. (Stürmischer Beifall.)

Diskussion zu dem Referat

H. KLINGBEIL:

In meiner Eigenschaft als Präsident der Industrie- und Handelskammer Thüringen stehe ich mitten in der praktischen Durchführung des demokratischen Wirtschaftsaufbaus. Vor wenigen Wochen erst wurde das Gesetz über den Neuaufbau der gewerblichen Wirtschaft im Lande Thüringen verkündet. Ich fand bei meinem Amtsantritt nicht nur die allgemein bekannte Wirtschaftsnot vor, sondern wurde unmittelbar mit den technischen und organisatorischen Schwierigkeiten in der Durchführung des demokratischen Wirtschaftsaufbaus vertraut. Nicht nur Not, sondern auch Unruhe und manche Unklarheit herrschten in den Kreisen der Wirtschaft. Unruhe und Unklarheit über den Weg, der in Zukunft gegangen werden soll. Die Frage, ob freie Wirtschaft oder Planwirtschaft, erhitzt in den Diskussionen die Gemüter. Tatsächlich aber weiß jeder einzelne — er wird, wenn er ehrlich ist, das zugestehen —, daß man einer Notlage nur Herr werden kann, wenn man systematisch nach einem wohlüberlegten Plan handelt. Ebenso weiß jeder, daß es nicht allein auf den Plan und auf das System ankommt, sondern vor allen Dingen auf die Menschen, die an der Durchführung der geplanten Wirtschaft arbeiten.

Das gilt auch in jedem einzelnen Falle für die Praxis des Politikers. Der liberale Demokrat kann noch so sehr die absolut freie Wirtschaft anstreben, er muß den Weg der planvoll gelenkten Wirtschaft gehen, um aus der Not der Gegenwart überhaupt erst einmal herauszukommen, und der Sozialist kann noch so sehr eine Planwirtschaft im Sinne des Sozialismus anstreben, er muß sich der Menschen bedienen, die vorhanden sind, und kann nicht auf die Zeit warten, in der die Idealmenschen leben, die er vor Augen hat. In der heutigen Situation muß man sich ganz klar darüber sein, daß im augenblicklichen Deutschland nicht die Zeit ist, den Sozialismus zu verwirklichen, sondern daß als unsere erste Aufgabe vor uns steht, zunächst einmal eine wahre Demokratie zu errichten.

So sehen wir bei einer nüchternen Betrachtung der Lage, daß gerade die große Not der Zeit uns dazu zwingt, in völliger Einigkeit an die Arbeit des Aufbaus zu gehen. In planvoller Lenkung müssen wir in Deutschland die Demokratie verwirklichen, die die Voraussetzung für eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens und für die Erreichung des Endzieles ist. Das Ausmaß des Einflusses der Staatsführung auf die Wirtschaft kann nicht von irgendwelchen Wunschträumen, sondern muß von den praktischen Notwendigkeiten und der Zweckmäßigkeit bestimmt sein. Die Organe der Wirtschaft können nicht mehr als Ausschüsse zur Vertretung von Interessen bestimmter Gruppen tätig sein, sondern müssen Selbstverwaltungsorgane des gesamten werktätigen Volkes, überhaupt des gesamten Volkes werden.

So sehe ich auch die Aufgaben der Industrie- und Handelskammer Thüringen. Die neuen Industrie- und Handelskammern werden nicht mehr im Verdacht stehen, einseitig Profitinteressen zu dienen. Das Wohl der Gesamtheit des Volkes ist die einzige Richtlinie, nach der wir uns ausrichten. Nur dadurch können und werden wir das nötige Vertrauen gewinnen, das wir für unsere Arbeit brauchen.

Das Gesetz über den Neuaufbau der gewerblichen Wirtschaft bestimmt die Industrie- und Handelskammer zur gesetzlichen Vertreterin von Industrie und

Handel, und dieser Bestimmung gemäß wird auch die Industrie- und Handelskammer unter meiner Leitung tätig werden. Indem ich die Interessen von Industrie und Handel vertrete, befinde ich mich auch nicht um einen Millimeter im Gegensatz zur Staatsführung und Leitung unseres Landes. Ganz im Gegenteil, ich möchte nachdrücklichst betonen, daß zwischen den Landesämtern des Landes Thüringen, in erster Linie naturgemäß dem Landesamt für Wirtschaft und für Handel und Versorgung und der Industrie- und Handelskammer und mir das denkbar beste Einvernehmen besteht. Es gibt gar keine Gegensätze zwischen uns. Wir haben unbedingtes Vertrauen zueinander, und wir wollen genau das Gleiche. Ich freue mich, immer wieder feststellen zu können, mit welcher Aufgeschlossenheit man meine und damit die Vorschläge der Industrie- und Handelskammer erörtert und anerkennt.

Ich sagte: Unruhe und Unklarheit fand ich bei Beginn meiner Tätigkeit in mancher Beziehung in weiten Kreisen der Wirtschaft vor, aber nicht etwa über solche Fragen wie die, ob Planwirtschaft oder freie Wirtschaft, sondern nur über praktische Tagesfragen der Durchführung. Es kann nicht anders sein, als daß sich in unseren Zeiten, in denen oft sehr schnell gehandelt werden muß, in denen man oft zunächst mal nicht zur Organisierung, sondern zur Improvisation seine Zuflucht nehmen muß, Organisationsformen ändern, je nachdem, wie die Erfahrung neue Wege gewiesen hat. Darauf — und nur darauf — ist es zurückzuführen, wenn die Wirtschaft von verschiedenen Seiten aus bisher manchmal verschieden informiert worden ist. Tatsächlich wußten die Betriebe der Wirtschaft oft nicht, an wen sie sich zu wenden hatten, wenn sie in ihren Nöten Rat und Hilfe brauchten.

Das Gesetz über den Neuaufbau der gewerblichen Wirtschaft in Thüringen stellt nunmehr fest, daß die gesetzliche Vertreterin von Industrie und Handel die Industrie- und Handelskammer Thüringen ist, soweit nicht die Handwerkskammer zuständig ist. Jetzt ist auch die Frage geklärt worden, wer in allererster Linie die Beraterin und nicht allein das, sondern auch die unmittelbare Helferin der Wirtschaft sein soll. In allen wirtschaftlichen Fragen und in allen Nöten wendet man sich zunächst einmal an die Industrie- und Handelskammer. Damit ist ein wesentlicher Unruheherd verschwunden und Klarheit als erste Voraussetzung für praktische Arbeit geschaffen worden. Bei der Industrie- und Handelskammer floß seit langer Zeit das Material zusammen, das die unerläßliche Voraussetzung für jede Planung und Organisierung bildet. Das einzige, was wir früher bei den Kammern auszusetzen hatten, war, daß sie in der Vergangenheit oft nicht die Interessen der gesamten Wirtschaft vertreten haben, sondern reaktionären Einflüssen unterlagen. (Wachsende Unruhe. — Zurufe: Wir möchten etwas aus der Wirtschaftspraxis hören!) — Ich nehme an, Herr Vizepräsident, daß die Frage der Industrie- und Handelskammer und an wen sich die Wirtschaft wenden soll, eine Wirtschaftsfrage ist. (Zurufe: Sie müssen sich kürzer fassen! — Ständige Unruhe.) Die Linie, die wir einschlagen wollen, hat schon der Hauptredner des Tages gezeigt, das zu wiederholen, ist nicht meine Aufgabe. Ich möchte Ihnen nur ergänzend sagen, daß die Organisation der Wirtschaft tatsächlich im vollen Aufbau ist und daß Organe geschaffen werden, die Vertrauen genießen, und daß eines dieser Organe auch die Industrie- und Handelskammer sein wird. Ich glaube bestimmt, daß noch eine Reihe von Rednern, die vielleicht anderer Ansicht sind, die Ausführungen des Hauptredners ergänzen wollen. Das Grundsätzliche steht ja fest. (Beifall.)

(Der Vorsitzende bittet den Redner, sich kürzer zu fassen, zumal noch viele Wortmeldungen vorliegen. Diese Mahnung gelte auch für die noch **folgenden Diskussionsredner.**)

Ich glaube, damit auch alles gesagt zu haben. Worauf es mir ankam, war, daß Sie jetzt Vertrauen zur Industrie- und Handelskammer haben werden, das in der Vergangenheit vielfach nicht vorhanden war, weil jetzt die Industrie- und Handelskammer wirklich die berufene Vertreterin der Wirtschaft sein wird.

(Auf Antrag aus der Versammlung wird die Redezeit auf sieben Minuten beschränkt.)

BAUMEISTER (Präsident der Handwerkskammer):

Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Walter Ulbricht unseren Dank aussprechen für die Förderung, die wir als Handwerker durch seine Worte erfahren haben. Nach seinem Referat sollen dem Handwerk nunmehr Aufgaben zugewiesen werden, die die bisherigen noch übertreffen. Das Handwerk mag sehr wichtig sein und ist sehr wichtig, aber wir denken nicht daran, zu glauben, daß wir nur allein auf der Welt sind. Wir wissen genau, daß wir wichtige Aufgaben der Industrie nicht zu erfüllen vermögen. Die Industrie wird nach wie vor ihren Platz besonders in der Serienfabrikation behaupten, die wir ja nicht bewältigen können. (Zustimmung.)

Nun habe ich die Absicht, gewisse Dinge, die wir sonst den Landesämtern, den Oberbürgermeistern und Landräten vortragen, in dieser Konferenz, in der ja die Wirtschaftskreise vertreten sind, die für solche Fragen zuständig sind und daran ein erhebliches Interesse haben, direkt zum Vortrag zu bringen. Unsere Lage ist in mannigfacher Hinsicht außerordentlich schwierig. So haben wir in mannigfacher Hinsicht Sorgen, besonders auch deshalb, weil die Zahl der Betriebe, die von der Handwerkskammer pfleglich zu betreuen sind, so riesig groß ist. Bei der Industrie ist ja die Lage erheblich anders. Hinzu kommt, daß das Verständnis für die Aufgaben, die das Handwerk zu erfüllen hat, nicht immer und überall so wach ist, wie es heute hier seinen Ausdruck gefunden hat. (Zustimmung und Hört! Hört!)

Die Ausführungen unseres Referenten Walter Ulbricht bedürfen nach meiner Meinung noch einer Erläuterung und Ergänzung. Gegen das Handwerk wird heute noch häufig der Vorwurf erhoben, es würden Produkte erzeugt, die nicht den normalen Weg der Versorgung gehen, sondern irgendwo auf dem Schwarzen Markt landen. Ich bitte einen Moment bei diesem Gedanken zu verweilen und sich folgendes klar zu machen: Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht der für die einzelnen Berufssparten zuständige Obermeister uns sagt, was an Forderungen von Dutzenden von Behördenstellen, von den Arbeitsämtern, von der Landesverwaltung, vom Oberbürgermeister und Landrat, von den Hochbauämtern an das Handwerk gestellt werden.

Wir sind der Meinung, man soll es dem Handwerk direkt überlassen, an Ort und Stelle eine Lokalbesichtigung durchzuführen und dann die Zahl zu bestimmen. Darüber hinaus aber brauchen wir so etwas wie eine Dringlichkeitsliste oder eine zuständige Stelle, die verfügt und bestimmt, wer an erster Stelle bedient werden soll. Dafür ist in jedem Fall das Arbeitsamt zuständig. Dem Arbeitsamt wird gemeldet, welche Arbeiten anstehen, und kann unseren Außenstellen mitteilen, wieviel Material und Arbeitskräfte benötigt werden. Unsere Leute stellen dann fest, wieviel Köpfe abgestellt werden müssen.

Wer trägt denn die Kosten, wenn z. B. im Nahrungsmittelhandwerk periodisch wiederkehrend Schutzimpfungen vorgenommen werden? Der Handwerker! Er muß auch die Kosten für das Berufsschulwesen tragen, die bisher in starkem Maße

der Staat und die Kommunalverwaltung trug. Ich habe wohl schon meine Redezeit überschritten, aber gestatten Sie mir doch noch einige kurze Bemerkungen. Ich hätte an sich noch sehr viel vorzutragen, und wir empfinden es dankbar, wenn endlich einmal hier ein Ventil geschaffen ist, daß man alles sagen kann, was uns auf dem Herzen brennt. Wir möchten aber nicht, daß unsere Worte hier verpuffen und ungehört verschallen, sondern wir hoffen, daß das, was hier gesagt wird, dazu führt, daß die Herren Landräte und Oberbürgermeister sehen, in welcher Not wir uns befinden, wie wir auch ihre Nöte durchaus anerkennen.

Ich glaube, manchmal werden Geschäfte für die Kräfte besorgt, die von Walter Ulbricht vorhin gekennzeichnet worden sind, daß man uns unterstellt, in der Zone geschähen Dinge, die wir gar nicht wollen. Es liegt aller Grund vor, diesen Herren auf die Finger zu schlagen, und wenn es jemand sein sollte, der zugleich noch eine Funktion hat und von Amts wegen das vorbringt, so muß das mit Nachdruck geschehen. Das ist das einzige Mittel, allen solchen Dingen zu steuern und die Schwierigkeiten zu beheben.

Jedenfalls sorgen wir im Handwerk dafür, daß überall Ruhe ist, daß gearbeitet wird, und wenn wir nachweisen können, daß wir vom Handwerk Millionen Aufträge durchgeführt haben, so ist es unpassend, wenn die Herren der Presse schreiben, falls hier und da ein Auftrag nicht erledigt wird, und ein großes Geschrei darüber machen, wenn mal eine Leistung gegen Speck durchgeführt wurde. Man muß in den Vordergrund stellen, was das Handwerk in den zurückliegenden 14 Monaten wirklich geleistet hat. (Lebhafter Beifall.)

BRÜCKNER (FDGB Erfurt):

Man kann nicht in der kurzen Redezeit alles das sagen, was den Gewerkschaften auf den Nägeln brennt. Ich möchte nur kurz das hervorheben, was von der Arbeiterschaft seit einem Jahr geleistet worden ist, und darauf hinweisen, was den Werktätigen insgesamt auf den Nägeln brennt.

Wenn bisher alles durch das Volk für das Volk getan wurde, so gilt dieser Satz, den unser Referent heute geprägt hat, besonders für die Gewerkschaften. Wir haben uns mitten in die Wirtschaftsprobleme gekniet. Wir haben seit vorigem Jahr sämtliche Wirtschaftspläne und Wirtschaftsmaßnahmen bei den Werktätigen popularisiert. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre haben von sich aus alle möglichen Maßnahmen in den Betrieben durchgeführt und große Erfolge gehabt. Sie haben eine Initiative entwickelt, durch die sie heute im Mittelpunkt der zukünftigen demokratischen Mitbestimmung stehen. (Sehr richtig!) Ich möchte das hervorheben, weil wahrscheinlich in der Diskussion noch die Rede davon sein wird, man müsse aus besonderen Gründen den Schwerpunkt auf eine Unternehmerinitiative legen, die entscheidend wäre, um aus den Engpässen herauszukommen.

Wir haben absolutes Verständnis dafür, was der Referent über die Aufgaben der Landwirtschaft und unsere Stellung dazu ausgeführt hat. Wir wissen auch, daß der Bauer aus seiner Umgebung heraus beurteilt werden muß. Wir haben in dieser Richtung eine außerordentliche Toleranz an den Tag gelegt, die eigentlich, wenn wir es genau nehmen, mit den gegenwärtigen Notverhältnissen nicht in Einklang steht. Wir dürfen dabei die Belange der Gewerkschaften bzw. der Werktätigen nicht vergessen. Das gilt besonders für das dringende Problem der Ernährung, aber auch für die Bekleidung, besonders die Arbeitskleidung, und auch für die Beschaffung von lebensnotwendigen Gütern. Den Arbeitern muß in

Zukunft ein Anreiz gegeben werden: er muß für sein Geld auch etwas bekommen. Wir sind damit einverstanden, daß die freien Spitzen, die der Bauer über die Sollabgabe hinaus behalten darf, in irgendeiner Form auf den freien Markt kommen, möchten aber auf Grund der Erfahrungen des letzten Jahres bitten, die freien Spitzen in Zukunft so zu erfassen, daß sie tatsächlich der städtischen Bevölkerung zugutekommen. (Beifall.) Mit diesem Problem müssen sich die Gewerkschaften noch befassen, und es ist sogar ein sehr ernstes Problem. Wir haben den Arbeitern gegenüber eine hohe Verantwortung und legen bezüglich des Einkommens die nötige Geduld an den Tag.

Dabei muß über den Preis der freien Spitzen — es wurde hier der zwei- bis dreifache Preis genannt — mit den in Betracht kommenden Körperschaften, eventuell mit den Verwaltungen gesprochen werden. Der Preis muß so sein, daß man die freien Spitzen den Werktätigen auch zuführen kann, daß man also etwa in Werksküchen ein kräftiges und billiges Mittagessen liefert, ebenso in Kinderheimen und Kindergärten oder anderen sozialen Einrichtungen. Auch der Preis in den Ladengeschäften muß so festgesetzt werden, daß ihn der Arbeiter bezahlen kann und daß dabei nicht das Tarifgefüge ins Wanken gerät.

Dasselbe gilt für die Bekleidung. Hier haben die Gewerkschaften einen außerordentlich schweren Kampf zu führen. Sie haben sich schon an alle Stellen gewandt, und ich möchte alle Stellen, ob sie nun in Berlin sitzen oder ob es sich um die Sowjetische Militärverwaltung handelt, bitten, auch diese lebensnotwendigen Dinge besonders den Werktätigen zu geben, weil nur so die Arbeit weiter geleistet werden kann und eine Leistungssteigerung zu erzielen ist. Schuhwerk ist unbedingt erforderlich. Es gibt Berufe, in denen die Arbeiter mit Holzschuhen allein nicht auskommen. Wir müssen auch an die vielen Umsiedler denken, die wie die Bettler zu uns kommen und psychologisch in den Betrieben in diesem Aufzuge ungünstig wirken.

Wenn wir auch in vielen Fällen zu all diesen Fragen oft kritisch Stellung genommen haben, so sind wir doch jederzeit gewillt, die große Linie einzuhalten. Obwohl die Gewerkschaften und die Werktätigen auf Grund ihrer Kraft auch einmal ein Machtwort reden könnten, tragen sie die Last mit. Aber auch der Bauer sollte sich in Zukunft die Elemente ansehen, die in seiner Gemeinde frei umherlaufen und keine Arbeit leisten, die womöglich eine große Brieftasche haben, während der Arbeiter seine Pflicht tut. Ihm müssen die Lebensnotwendigkeiten zugeführt werden, damit er und damit das ganze Volk leben kann. (Lebhafter Beifall.)

Dr. GÄRTNER (Liberal-Demokratische Partei):

Meine Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat mir das Stichwort gegeben: Er sprach von den Herren mit der „großen Brieftasche", die auf dem Lande herumlaufen und die Lebensgüter aufkaufen. Der Referent hat den Vorschlag gemacht, es möchte erwogen werden, die freien Spitzen zu erhöhten Preisen zu erfassen und sie an diejenigen Bedarfsträger abzugeben, die besonders bedürftig erscheinen. Dieser Vorschlag ist durchaus akzeptabel, obwohl ich andererseits auch die Schwierigkeiten nicht verkenne, die damit verbunden sind. Man schafft nämlich damit zwei Preisebenen: eine Ebene der legalen Preise und eine zweite der sogenannten gehobenen. Darin liegt eine gewisse Gefahr. Deshalb müßte dafür gesorgt werden, daß das allgemeine Preisniveau, das durch den Preisstop gebunden ist, nicht eine Gefährdung und Zerstörung erfährt; denn sehr viele Leute sind nicht in der Lage, einen um das Doppelte und Dreifache

erhöhten Preis zu tragen. Wovon lebt der Schwarze Markt? Davon, daß es heute noch viele Leute gibt, die zuviel Geld haben, alle diejenigen, die am 8. Mai 1945 dadurch glücklich davongekommen sind, daß sie ihr Geld nicht auf dem Bankkonto, sondern zu Hause im Strumpf oder sonstwo hatten. Das sind noch Rückstände aus solchen Beständen, die heute noch herumflanieren. Man kann das Problem nicht allein von der Warenseite her betrachten, sondern muß es auch von der Geldseite her sehen. Wir werden so lange einen Schwarzen Markt haben, wie nicht genügend Ware da ist.

Man könnte auch daran denken — und das geschieht auch —, daß man die Möglichkeit, sein Geld auf dem Schwarzen Markt anzulegen, dadurch beschränkt, daß man die Geldfülle beseitigt und die überflüssige Kaufkraft abschöpft. Man spricht heute so viel von überflüssiger Kaufkraft, von Kaufkraftüberhang, und mancher wird sich fragen: hängt denn bei mir etwas über? Ich habe doch keinen Kaufkraftüberhang, und sehr viele Leute, die darauf angewiesen waren, von ihrem Konto Geld abzuheben und davon zu leben, haben heute nicht mehr diese Möglichkeit; sie sind nur auf das angewiesen, was sie noch haben und als Lohn oder Gehalt bekommen. Außerdem tragen ja die neuen Steuergesetze, die Sie alle kennen, ihren Teil dazu bei, daß unsere an sich schon geringen Einkünfte auf ein Minimum reduziert werden. Darum ist es notwendig, daß diejenigen, die noch über überflüssige Kaufkraft verfügen, indem sie noch zuviel Geldzeichen haben, von diesem Geld befreit werden. Dazu gibt es Möglichkeiten. Ich kann das in diesem Rahmen nicht erörtern, wie man eine Sanierung der Währung durchführen kann.

Dann möchte ich noch ein grundsätzliches Wort sagen, weil ich hier als Parteivertreter bezeichnet worden bin. Ich begrüße es außerordentlich, daß in diesem Gremium die Möglichkeit geschaffen wird, sich über grundsätzliche Fragen der Wirtschaft zu unterhalten. Ich will hier nicht über Wirtschaftstheorie sprechen, obwohl vielleicht manche mit dem Gefühl hierher gekommen sind, daß hier die endgültige Hinrichtung der Privatindustrie stattfinden werde. Nun, meine Herren, wir haben doch alle den Eindruck bekommen, daß wir praktische Politik, auch praktische Wirtschaftspolitik machen wollen, und auch aus dem Referat von Herrn Ulbricht habe ich — und wahrscheinlich auch Sie — den Eindruck gewonnen, daß diese praktische Wirtschaftspolitik getrieben werden soll, wenn auch vielleicht manchem das Wort „Planwirtschaft" nicht besonders behagt hat.

(Ulbricht: Ich habe gesagt „Wirtschaftsplan" und nicht „Planwirtschaft"!)

Ich bin kein Fanatiker der Wirtschaftsplanung. Ich habe sie wie Sie alle erlebt. Während des Krieges haben wir eine Planwirtschaft größten Stiles gehabt und haben sie heute noch, nicht weil wir Spaß daran haben, sondern weil wir in Not sind. Wir werden solange eine Planwirtschaft oder eine Wirtschaftsplanung treiben müssen, wie wir Mangel haben. Wenn wir wieder alle aus der Fülle leben können, brauchen wir keine Wirtschaftsplanung mehr, und wenn wir Brot oder Wurst ohne Marken kaufen können, wollen wir von der Wirtschaftplanung nichts mehr wissen.

Also auch als Anhänger der freien Wirtschaft und der freien Initiative vertrete ich die Auffassung, daß wir solange eine Beeinflussung der Wirtschaft sowohl auf dem Gebiete der Produktion wie der Verteilung haben müssen, wie wir Mangel haben. Es ist vollkommen richtig, was gesagt wurde: wir können nicht Mengen von Aschenbechern und Feuerzeugen produzieren. Wir müssen eine überflüssige Produktion verhindern, indem wir durch Planung und Lenkung Einfluß auf das

nehmen, was produziert und verteilt wird. Geschieht das nicht, so wird derjenige das Meiste haben, der am meisten Geld hat. Um das zu verhindern und eine Verteilung an alle Bedarfsträger zu erreichen und die erzeugten Güter zweckmäßig und gerecht zu verteilen, ist es notwendig, planwirtschaftlich zu verfahren. Damit wollen wir kein Dogma aufstellen, wie man überhaupt heute nicht an Dogmen hängen soll.

Ich habe aus den Ausführungen von Herrn Ulbricht entnommen, daß auch der Sozialismus nicht ein Wirtschaftsideal ist, das man von heute auf morgen verwirklichen kann, sondern nur wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Ich vertrete weltanschaulich eine andere Auffassung als der Referent, aber wir sind nicht dazu da, um weltanschauliche Fragen zu erörtern, sondern um praktische Wirtschaftspolitik zu machen. Wir sind der Auffassung: Wir haben alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß unsere Wirtschaft, die so erfreulich angelaufen ist, auch weiterlaufen kann, d. h. daß sie auch dann, wenn die momentanen Vorratslager und Rohstofflager erschöpft sind, weiterarbeiten kann. Dazu gehört aber die Verbindung mit den anderen Zonen. Das ist heute schon so oft ausgesprochen, daß es Wasser in die Ilm tragen hieße, wenn ich das wiederholen wollte. Aber es ist notwendig, daß auch von dieser Stelle aus immer wieder betont wird, daß zum normalen Funktionieren unserer Wirtschaft die organische Verbindung aller Zonen gehört. Nur dann können wir wiederum den lebendigen Austausch herstellen, der früher die Blüte unserer Wirtschaft bedingt hat.

Nun, meine Damen und Herren, noch eins! Ich knüpfe an an ein Wort, das Herr Oberbürgermeister Dr. Tröger erwähnt hat: es gehört dazu nicht nur Organisation, nicht nur Polizeiverordnung, es gehört zu allem auch die innere sittliche, moralische Haltung. (Zustimmung.) Es gehört das dazu, was Abbe, der große Sozialpolitiker Jenas, in seinen Zeilen ausgesprochen hat, die wir heute gehört haben, nämlich die Verpflichtung, die wir alle im Innersten gegenüber unserem Volke und der gesamten Volksgemeinschaft tragen. (Lebhafter Beifall.)

KELLERMANN (Raiffeisen):

Meine Damen und Herren! Der Referent, Gen. Ulbricht, hat hier eine Frage aufgeworfen und zur Diskussion gestellt, nämlich die Erfassung der freien Spitzen aus den Erzeugnissen der Landwirtschaft unter bestimmter Kontrolle. Wir haben uns bereits im vergangenen Jahre vor allen Dingen bei der Einbringung der Ernte mit der Frage der Erfassung der freien Spitzen befaßt und haben als Organisation darüber auch Verhandlungen mit Vertretern der Zentralverwaltung in Berlin, mit dem Landesamt für Land- und Forstwirtschaft und für Handel und Versorgung in Weimar geführt. Auf Veranlassung dieser Stellen wurde im Herbst des vergangenen Jahres festgelegt, daß die Raiffeisengenossenschaften freie Spitzen erfassen können, vor allen Dingen solche Spitzen, die der Bauer selbst nicht an den Markt bringen kann. Das wurde verschiedentlich widerrufen. Der Handel glaubte benachteiligt zu sein. Wir haben erklärt, wir als ländliche Genossenschaften denken nicht daran, den privaten Handel irgendwie zu schädigen oder auszuschalten; wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß freie Spitzen unter einer Kontrolle erfaßt werden müssen, und zwar von einer Organisation, die sie im Zusammenwirken mit anderen Organisationen in die Kanäle zu leiten berufen ist, wohin sie gehören; in den Magen der Industriearbeiter. (Sehr richtig.)

Wir haben den ersten Versuch unternommen, bei der Erfassung und Andienung des gesamten Gemüseanfalls durch die ländlichen Genossenschaften. Bekanntlich

besteht in Thüringen eine von den Nazis geschaffene Organisation, die Bezirksaufnahmestelle, kurz genannt Bas. Wir wußten, daß es in der Vergangenheit in der „Bas" nicht immer sehr reell zugegangen ist. Die Nazis schufen diese Organisation, weil sie daraus jährlich auf Kosten der Verbraucher 25 bis 30 Millionen herausschinden konnten. Wir haben uns damals mit den Herren in Weimar zusammengesetzt und die Frage gestellt: Ist es nicht besser, wenn das Gemüse von einer bestimmten Stelle erfaßt und von dort über den Handel und die Konsumvereine unter einer bestimmten Kontrolle angedient wird? Wir hätten dadurch erreicht, daß der Bauer nicht wie bisher nur 96 Prozent des Preises bekommen hätte, sondern 100 Prozent.

Nehmen wir ein anderes Kapitel: Die Erfassung der Molkereiprodukte, also von Käse und Butter. Wir haben sie im Bezirk Thüringen schon erfaßt. Wir haben sie von unseren Molkereien auf Veranlassung des Landesamtes für Handel und Versorgung an die mitteldeutsche Molkereizentrale und von dort an die Krankenhäuser, Schwerarbeiter usw. geleitet. Aber das genügt nicht. Der Bauer hat heute das Recht, von seiner über das Soll hinaus gelieferten Milch auch die Milchprodukte zu verlangen. Das Recht wollen wir ihm nicht beschneiden. Er kann das verlangen, aber es muß eine Kontrolle darüber bestehen, wohin der Bauer diese Produkte bringt und was er damit anfängt. Man muß ihn belehren, daß das, was er an Überschüssen bekommt, in erster Linie den Arbeitern, besonders den Schwerarbeitern und den Kranken zugute kommen muß.

Wir wollen absolut nicht den freien Handel verdrängen. Wir sprechen hier nur von den Molkereien, die auf genossenschaftlicher Grundlage arbeiten. Was die Privatmolkereien und ihre Direktoren machen, untersteht augenblicklich nicht unserer Kontrolle, und davon spreche ich auch nicht. Aber augenblicklich ist praktisch die Lage so, daß die Molkereigenossenschaften in Thüringen wirtschaftlich besser stehen als die Molkereien, die unter privater Leitung stehen. Wir wünschen also, daß hier eine Stelle geschaffen wird und sind damit einverstanden, daß in erster Linie die Genossenschaftsmolkereien, die sowieso von den ländlichen Genossenschaften Raiffeisen betreut werden, verantwortlich gemacht werden, die überschüssige Butter zu erfassen und gemeinsam mit dem FDGB und den Organisationen der Arbeiter dafür zu sorgen, daß die Butter auch an die Stellen kommt, die sie heute am ehesten brauchen, und zwar auch an die Handwerker.

Ähnlich verhält es sich mit dem Vieh. Auch ich bin durchaus der Auffassung, daß hier ein Weg gefunden werden muß, daß auch der Neubauer ein gesundes Stück Vieh kaufen kann. Bis jetzt ist es nicht so, sondern hier ist die Initiative dem Privathandel überlassen. Gehen Sie, bitte, hinaus aufs Dorf, und fragen Sie die Bauern über die Handelsmethoden gewisser Privathändler! Das sind nicht die Männer, die berufen sind, die deutsche Wirtschaft mit aufzubauen. Es darf nicht so sein, daß ein Viehhändler ein gutes Stück Vieh dem Bauern aus dem Stall zieht und dafür einen niedrigen Preis zahlt, um es in den nächsten Stall hineinzuschicken und 500 bis 1000 Mark daran zu verdienen. Das sind ungesunde Zustände, die so abgeändert werden müssen, daß auch der Handel unter eine rechtschaffene Kontrolle kommt. Das sind wir unserer Wirtschaft und unserem Volk und Vaterland schuldig. (Lebhafter Beifall.)

RABETHGE (Bäuerin, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe):

Meine Damen und Herren! Ich spreche hier für die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und möchte gleich eingangs sagen, daß unsere Vereinigung noch eine junge Organisation ist, die sich aber schon aller Probleme und Sorgen

annimmt, die den Bauern bedrücken. Da ist zunächst die finanzielle Frage zu nennen. Wir wissen, daß heute alle Schultern belastet sind, und daß auch der Bauer wie alle anderen Volksschichten verpflichtet ist, die finanziellen Lasten mitzutragen. Aber es gibt doch einige Gebiete, auf denen man eine Änderung durchführen müßte, so in der Frage der Versicherungen, insbesondere der Sozialversicherung. Ich denke hier an das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben beim Bauern. Die Industrieprodukte, die der Bauer kauft, sind wesentlich teurer als die Produkte, die er selber verkauft. Darin liegt auch der Grund, weshalb der Bauer seine Ezeugnisse auf den Schwarzen Markt bringt. An sich will der Bauer gar nicht den Schwarzen Markt in Anspruch nehmen, aber er handelt teilweise aus Not. Aus diesem Grunde begrüßen wir von der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe den Vorschlag von Herrn Ulbricht außerordentlich, der verhindern soll, daß die landwirtschaftlichen Produkte an die Schieber und Zwischenhändler gehen und den Weg zeigt, wie sie denen zugeleitet werden, auf die der Bauer selbst am meisten angewiesen ist, nämlich den Arbeitern. Unsere Aufgabe ist es, den Bauern davon zu überzeugen, daß das der richtige Weg ist; denn auf diese Weise erhält ja auch der Bauer die Produkte aus der Industrie. Wenn der Bauer sieht, wie sich die Arbeiter in den Betrieben zu Überstunden verpflichten, damit der Bauer Geräte und Bedarfsartikel erhält, der ihnen dann wieder die ländlichen Produkte liefert, so wird das auch den Bauern zu einer Steigerung seiner Leistung anregen.

Ich weiß, daß in meinem Kreise die Betriebe sich verpflichtet haben, freiwillig Überstunden zu leisten, um dem Bauern Industrieprodukte zur Verfügung zu stellen, und daß die Bauern damit sehr zufrieden waren. So sehen wir unsere große Aufgabe darin, als Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe die Mittlerin zwischen Bauern und Arbeitern zu sein, um so einen Austausch der Erzeugnisse von Industrie und Landwirtschaft zu schaffen und gleichzeitig Stadt und Land zusammenzuschweißen. (Lebhafter Beifall.)

GROSSE-Altenburg (Christlich-Demokratische Union):

Meine Damen und Herren! Herr Ulbricht hat bewiesen, daß es nicht nur möglich, sondern sogar sehr gut ist, wenn die Träger verschiedener Anschauungen gemeinsame politische Arbeit leisten. Das Wesen der Demokratie besteht ja gerade darin, daß aus der Verschiedenartigkeit der Meinungen und Anschauungen eine schöpferische Synthese geschaffen wird.

Ich spreche zur Planung. Es ist klar, daß wir in einer Zeit ungeheurer Not und ungeheuren Mangels darauf angewiesen sind, das wenige, was produziert werden kann, zu planen. Es muß aber vermieden werden, daß diese Planung überspitzt wird. Sie kann ja nur dazu dienen, um das wenige, was da ist, gerecht zu verteilen. Das ist der einzige Zweck der Planung. Deshalb muß die Planung so weit beschränkt werden, daß gerade dieses Ziel erreicht wird. Wir dürfen nicht so weit gehen, daß die Bewirtschaftung geradezu totalitär wird, daß alle möglichen Artikel, die bisher von sekundärer Bedeutung waren und nur am Rande als Mangelgüter angesprochen werden können, total in die Bewirtschaftung übernommen werden. (Zustimmung.)

Eine andere Frage betrifft Preise und Löhne. Es besteht die Tatsache, daß auf der einen Seite preissteigende Tendenzen vorhanden sind. Das erklärt sich daraus, daß alle möglichen Faktoren, die für die Preisbildung bestimmend sind, höher geworden sind: Frachten, Versicherungen, Telefon usw. Auf der anderen

Seite ist aber der Reallohn dadurch gesunken, daß die Steuern enorm in die Höhe gegangen sind. Hier muß ein Ausgleich kommen. Die Wirtschaft kann auf der einen Seite das bisherige Preisniveau nicht halten, wenn alle Faktoren preiserhöhend wirken und auf der anderen Seite der Arbeiter, der einen viel niedrigeren Reallohn hat, in seiner Kaufkraft geschwächt wird. Es ist eine Aufgabe der unmittelbar nächsten Zeit, hier einen Ausgleich zu schaffen, der zu einer wirklichen Zusammenkunft führt und auf der einen Seite der Wirtschaft die Existenz sichert, auf der anderen Seite die Bedarfsdeckung des Arbeiters gewährleistet.

Ein zweiter Punkt: die Reprivatisierung der Wirtschaft im Zusammenhang mit der Sequestrierung! Wir haben so viel über Kriegsverbrecher und Naziaktivisten gesprochen, daß darüber kein Wort mehr verloren zu werden braucht. Darin sind wir einig. Die Betriebe auf Liste A gehen in die Hand des Staates über. Im Mittelpunkt muß für uns bei allem Wirtschaften der Mensch stehen. Der Mensch ist derjenige, nach dem sich alles auszurichten hat. Der Staat ist um des Menschen willen da und nicht umgekehrt, der Mensch für den Staat. (Beifall.) Daraus folgt, daß der Mensch überall da selbst die Aufgaben zu lösen hat, wo er es kann. Wo er es nicht kann, wo es über die Sphäre seiner Möglichkeiten hinausgeht, muß der Staat, also Gemeinde, Provinz, Land oder das Reich, wirksam werden. Ich halte es für erforderlich, daß die Betriebe, die besser in der Hand von Privatunternehmern bleiben würden, wieder reprivatisiert werden und einwandfreien und politisch unbelasteten Persönlichkeiten übergeben werden, wobei es eine Frage zweiter Ordnung ist, darüber zu bestimmen, in welcher Form die Betriebe wieder in Privathand zurückgehen können, vielleicht in Form von Genossenschaften oder an Unternehmer. Das wäre eine Frage der Zweckmäßigkeit. Ich halte es für wesentlich, daß das klargestellt wird; denn nur so können wir die Privatinitiative wirklich entwickeln.

Unsere Zukunft liegt im Mittelbetrieb und Handwerk. Hier waren von jeher die schöpferischsten Kräfte.

Als letztes: die Einheit Deutschlands! Die CDU führt auch einmal etwas Positives an. (Heiterkeit.) Es ist keine Frage, daß wir innerhalb unserer Zone alle für die Einheit Deutschlands eintreten, und zwar unbedingt und rücksichtslos. Ich bin aber ermächtigt, meine Damen und Herren, Ihnen authentisch zu erklären, daß alle verantwortlichen Männer in den westlichen Zonen jeglichen Separatismus ablehnen und für ein einheitliches deutsches Reich eintreten. Wenn ich das sage, so spreche ich von den verantwortlichen Männern der CDU, und sie sind in den Zonen, in denen abgestimmt ist, ja in der Führung. Ich möchte das unterstreichen, weil sich nicht bestreiten läßt, daß da und dort separatistische Tendenzen bestehen. Aber wesentlich ist, daß die vergangenen 70 Jahre ein Volk haben zusammenwachsen lassen, das auch jetzt noch zur nationalen Einheit steht, sich als wirkliches Volksganzes fühlt, obwohl uns nun schon ein ganzes Jahr die Zonengrenzen auseinandergerissen haben. Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, wenn heute eine Volksabstimmung in ganz Deutschland stattfände, so würden wir eine überwältigende Mehrheit für die Einheit des Reiches haben, um die ja nahezu zwei Jahrtausende gekämpft wurde und die das höchste Gut ist, das überhaupt nur ein Volk haben kann. (Lebhafter Beifall.)

ALFRED WOLF (Pfarrer, Schmölln):

Meine Damen und Herren! Sie werden sich sicher fragen, was ich als Pfarrer zur Politik und nun gar zur Wirtschaftspolitik zu sagen habe; denn Sie werden auf dem Standpunkt stehen: die Kirche soll sich mit der seelsorgerischen Betreuung

befassen und ihre Hände nicht in die Politik mengen. Sehr richtig, und je mehr und je gründlicher sich eine Kirche auf die seelsorgerische Betreuung beschränkt, desto besser. Andererseits hat aber gerade der Pfarrer und die Kirche die Aufgabe, Seelsorge zu treiben und den Menschen zu dienen. Deshalb kann sich eine verantwortliche Kirche nicht damit begnügen, innerhalb ihrer Mauern ihrer religiösen Überzeugung zu leben und gleichgültig zuzuschauen, wie draußen das Volk zugrunde geht. Sie kann nicht sagen: daran hat sie kein Interesse; das ist die sündige Welt, die interessiert uns nicht! Nein, gerade heute muß in dieser Notzeit unseres Volkes ein vom Christentum her sich seiner Verantwortung bewußter Mensch positiv in vorderster Front stehen.

Wir ringen um eine neue Gesellschaftsordnung. Sie ringen hier um ein neues Wirtschaftssystem. Ich kann und will Ihnen da keine Wege zeigen; dazu bin ich kein Fachmann und das ist auch nicht meine Aufgabe. Aber über allen den verschiedenen Interessen und Fragen steht doch für uns alle das eine: wie dienen wir mit dem, was wir heute unternehmen, am besten dem Frieden und der Zukunft unseres Volkes? Denn es ist notwendig, so ungern wir das auch aussprechen mögen, daß wir uns immer wieder ins Gewissen zurückrufen: Wir Deutsche haben einen totalen Krieg geführt und haben diesen totalen Krieg total verloren, und wir haben nun die totalen Folgen dieses Krieges zu tragen. (Sehr richtig.)

Adolf Hitler hat im Namen des deutschen Volkes einen Wechsel unterzeichnet, und das deutsche Volk muß nun diesen Wechsel bis zum letzten Pfennig einlösen. Wir müssen aber dafür Sorge tragen, daß die Hauptlast aus diesem Wechsel auch die zu tragen haben, die Adolf Hitler die größten Vollmachten zur Ausstellung dieses Wechsels gegeben haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir erleben es nämlich heute bei den deutschen Menschen und — ich muß das gerade hier einmal sagen — auch in den Kreisen der Geschäftswelt, der Handwerker und der Industrie, daß man bereits wieder den Falschen verantwortlich macht, daß man sagt: für die Notzeit und die Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, sind die Männer schuld, die jetzt in den Städten, Kreisen und Ländern an der Spitze stehen! Daß man also nicht sagt: schuld sind diejenigen, die uns in dieses Elend hineingeführt haben. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wenn einer einen Betrieb führt und er führt ihn verantwortungslos bis an den Rand des Abgrunds und stiehlt sich dann feige davon, während ein anderer sich bemüht, den Betrieb mit den Arbeitern wieder aufzubauen und den Arbeitern sagt: wir müssen jetzt doppelt soviel arbeiten, müssen auf einen Teil unseres Lohnes verzichten, dann möchte ich einmal sehen, wer diesen Mann verantwortlich machen wollte und nicht den Schurken, der feige abgerückt ist, nachdem er seinen Betrieb ruiniert hat. (Sehr richtig!)

Wir stehen heute vor der Frage der Enteignung der Betriebe. Man hat mir vorgeworfen, daß es eigentlich nicht christlich sei, wenn ich mich positiv für den Volksentscheid im Rundfunk ausgesprochen habe, da ja die Kirche die Vergebung und die Liebe zu predigen habe. Jawohl, Vergebung und Liebe, aber auch eine Wiedergutmachung und im Dienste des Volkes dafür sorgen, daß in Zukunft niemand wieder die materiellen Güter, die ihm anvertraut worden sind, dazu mißbrauchen darf, um seinen eigenen Interessen zu dienen, wenn das ganze Volk dabei vor die Hunde geht. (Wiederholter Beifall.)

Die Hauptschuldigen sind eben die Herren in den Trusts und in den Konzernen, die nur ihre eigenen Interessen im Auge hatten und die auch deshalb heute gegen die Einheit Deutschlands sind, weil sie sich sagen: auf eine andere Art und Weise

verdienen wir mehr! Wir alle, die wir hier versammelt sind, wo wir auch stehen mögen, müssen uns einig sein über alle Gegensätze hinweg in den Grundzielen, die uns heute vor Augen stehen und die auch über dieser Konferenz stehen müssen, und diese Grundziele sind: Friede, demokratischer Neuaufbau, politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands! (Lebhafter Beifall.)

GEORG LOTZ, Sünna:

Meine Damen und Herren, ich spreche zu Ihnen als Kleinbauer und Landarbeiter. Mit Genugtuung habe ich heute die Worte unseres Referenten, Herrn Ulbricht vernommen, daß man den Bauern in Zukunft nicht nur mit Befehlen kommen kann. Daß der Bauer allmählich müde wird, diese Befehle auszuführen, ist eine Selbstverständlichkeit, wenn man ihm auf der anderen Seite nichts gibt. Was der Bauer der Stadt geliefert hat, stand doch in gar keinem Verhältnis zu dem, was die Stadt bis jetzt dem Bauern geliefert hat. Es ist schon so, daß viele Sachen, die der Bauer brauchte, er nur auf dem Schwarzen Markt kaufen konnte. Wir haben uns bemüht, den Bauern vor Augen zu führen, daß er seine überschüssige Butter nicht einfach auf den Schwarzen Markt bringen dürfe. Ein Bauer, ein Schmiedemeister, hielt mir darauf entgegen: Bitte schön, gebt uns Hufnägel, dann geben wir unsere Butter den Arbeitern und nicht auf den Schwarzen Markt; aber bis jetzt bin ich gezwungen, meiner Familie die Butter abzuziehen, um dafür Hufnägel einzutauschen. Also sind doch die Hufnägel noch da. Aber wo sind sie? Sie werden von Herumträgern auf die Dörfer geschafft, die nur auf diese Weise Lebensmittel bekommen.

Was das Vieh anbetrifft, so kann es mit dem jetzigen Zustand nicht so weitergehen. Manche Altbauern haben noch die Ställe voll Vieh, während der Neubauer nicht weiß, wie er im nächsten Jahr sein Feld düngen kann, weil er kein Vieh und damit keinen Mist hat.

Woran liegt das? Herr Ulbricht hat ganz richtig gesagt: wir wollen nicht mit Befehlen kommen, sondern den Bauern zeigen, daß sie sozial denken sollen. Dieses soziale Denken aber kann man dem Bauern nicht so beibringen, wie es sich mancher Außenstehende denkt. Wenn der Bauer auf dem freien Markt sein Vieh an den Neubauern verkauft, muß aber weiter auf dieses Vieh Milch liefern, so ist es undenkbar, daß er das Vieh abgeben kann. Hier muß man einen Ausgleich schaffen, daß dem Bauern, der sein Vieh freiwillig und großzügig dem Neubauern zur Verfügung stellt, das Liefersoll zumindesten gekürzt wird. Das ist aber bis heute noch nicht der Fall, und deshalb kann sich der Bauer auch nicht freiwillig bereiterklären, das Vieh an den Neubauern abzugeben.

Weiter muß man darauf achten, daß man nicht, wie man schon wieder angefangen hat, zwischen der Arbeiterschaft und den Bauern eine Kluft aufreißt. Der Bauer sieht wohl ein, daß dem Industriearbeiter an Tabakwaren etwas mehr zusteht, aber er kann nicht verstehen, daß der Industriearbeiter Rauchwaren bekommt, er selbst aber überhaupt nichts. Das bedeutet, daß wir schon wieder einen Kampf zwischen Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und dem FDGB bekommen.

(Ulbricht: Das wird jetzt geändert!)

Ich komme aus einer Gegend mit Kaliindustrie. Dort sagten mir die Bauern, in einem Zeitraum von drei Wochen hätten die Arbeiter 30 Zigarren und 100 Zigaretten erhalten, und sie selber erhielten vor einem halben Jahr ein Päckchen Tabak. So kann es nicht weitergehen, sonst werden wir erleben, daß der Kampf

zwischen Arbeiterschaft und Bauern sich weiter fortsetzt, während wir doch endlich dahinkommen müssen, einzusehen, daß wir alle zusammenarbeiten müssen, dementsprechend aber auch gleichmäßig behandelt werden müssen. Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß wir, wenn wir den deutschen Bauernhof zugrunde richten, damit auch unser ganzes Vaterland zugrunde richten. (Beifall.)

Dr. WIESE (Oberlandrat):

Meine Damen und Herren! Herr Ulbricht hat in seinem Referat der Frage der Landwirtschaft breite Ausführungen gewidmet, und auch die bisherigen Diskussionsredner haben mit ihren teilweise recht eingehenden Ausführungen zur Frage der Landwirtschaft bewiesen, daß diese Frage heute im Vordergrund der Betrachtung stehen muß. Unsere Lage ist heute so, daß wir uns in der Ernährung selbst helfen müssen; denn die Ernährungslage ist nicht allein in Deutschland schlecht, sondern in Europa, um nicht zu sagen, in der ganzen Welt. Wenn wir dazu nichts tun, werden wir in ein paar Jahren als der große Bettler Europas dastehen, bis wir endgültig eingegangen sind und irgendein Politiker aus dem Westen uns eine salbungsvolle Grabrede hält.

Als Thema für unsere Konferenz steht die Frage der Planung der Wirtschaft. Dazu gehört auch die Planung der Landwirtschaft. Gewisse Anweisungen in dieser Richtung sind ergangen. Wir haben eine Anbauplanung, wir haben einen Lieferplan. Aber damit ist bei weitem noch nicht genug getan. Wir müssen die Industrieplanung in weit stärkerem Maße als bisher mit der Planung der Landwirtschaft koordinieren und in diesen Plan auch die Arbeit der Wissenschaft mit einbeziehen. Es kann nicht so sein, daß wir in der nächsten Zukunft eine freie Wissenschaft in dem Sinne haben, daß die wissenschaftlichen Institute sich mit Forschungsaufgaben beschäftigen, die zwar an sich sehr reizvoll sein mögen, aber im Augenblick keine praktische Bedeutung für uns haben. Deshalb sollten der Wissenschaft, soweit sie für die Landwirtschaft tätig sein kann, ganz bestimmte Forschungsaufgaben gestellt werden. Ich denke da beispielsweise an die Botaniker, die man dazu veranlassen kann, bestimmte neue Frucht- und Getreidesorten zu entwickeln, die den veränderten Strukturbedingungen unserer Landwirtschaft weit mehr entsprechen als die bisher vorhandenen. Ich kann mir vorstellen, daß man den Bodenchemikern einen Forschungsauftrag gibt, Methoden zu entwickeln, die Bodenaufbereitung, wie sie der Gärtner in seinem hochintensiv genutzten Betrieb hat, auf große Flächen zu übertragen. Ich kann mir weiterhin vorstellen, daß die Düngemittelchemiker ganz neue, wesentlich intensiver wirkende Düngemittel als die bisher bekannten entwickeln, um der Landwirtschaft, die ja mit kleinem Raum auskommen muß, die notwendigen Betriebsmittel zu beschaffen. Weiter kann ich mir vorstellen, daß sich Techniker und Ingenieure einmal mit der Frage beschäftigen, ob es nicht vielleicht möglich ist, einen Kleintraktor zu schaffen, der die Pferde, die wir ja nicht haben, ersetzen kann, wobei immerhin zu bedenken ist, ob sich ein solcher Pferdebestand, wie er angestrebt wird, überhaupt noch für uns lohnt, da ein Pferd bekanntlich je nach Größe 1 bis 2 ha Boden braucht, um eine Ernährungsbasis zu haben.

Aber damit allein wäre noch nicht viel erreicht, wenn es uns nicht gleichzeitig gelingt — und das gehört auch mit zur Planung der Landwirtschaft —, Lehrkräfte heranzubilden, die die neuen Methoden auf dem Dorf bekanntmachen. Wir müssen praktisch dazu übergehen, die Dörfer regelrecht mit Lehrbrigaden zu überschwemmen. Um ein Beispiel herauszustellen! Wer etwas auf dem Lande herumkommt, weiß, daß die Stalldungpflege sich in einem geradezu katastrophalen

Zustand befindet. Wenn die Bauern sagen, sie hätten nicht genug Mist für ihren Boden, so entgegnen wir: Wenn ihr nicht genug Mist habt, warum laßt ihr dann noch die Hälfte des Mistes durch unsachgemäße Pflege verkommen? Für diesen Zweck Lehrkräfte zu schaffen, die aufs Dorf gehen, um den Bauern bei einer besseren Ausnutzung des Bodens zu helfen, ist auch eine Aufgabe der Planung der Landwirtschaft.

Die Frage der freien Produktionsspitzen ist schon verschiedentlich erörtert worden, und man hat sich allgemein dafür ausgesprochen, daß die freien Spitzen erfaßt und der städtischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Nun glaube ich, wenn wir nicht aus der Sparte der Industrieerzeugnisse einen bestimmten Teil zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bauern absondern, werden wir von den freien Spitzen nicht allzuviel bekommen; denn der Bauer wird das, was er über das Soll hinaus erzeugt, auf dem Schwarzen Markt einzutauschen versuchen gegen Dinge, die er für seinen Betrieb braucht. Ein kleines Beispiel zur Erläuterung! In einer Versammlung der Vereinigung der gegenseitigen Hilfe in einem kleinen Dorf hier in der Nähe wurde berichtet, daß eine Bäuerin für fünf Rollen Nähgarn zwei Pfund Speck gegeben hat. Aber soviel Speck kann ja der Bauer gar nicht erzeugen, um all das auf dem Schwarzen Markt zu kaufen, was er dringend für seine Wirtschaft braucht. Auch deswegen muß die Planung von Landwirtschaft und Industrie aufs engste koordiniert werden, damit ein wirklich gutes und brauchbares Verhältnis von landwirtschaftlicher und industrieller Produktion geschaffen wird. (Beifall.)

MÜLLER-Sonneberg (Liberal-Demokratische Partei):

Liebe Freunde des demokratischen Wirtschaftsaufbaues! Im heutigen Referat haben wir gehört, was wir in der Wirtschaft erreichen wollen. Das Wertvollste des Vortrages war aber die Unterstreichung, wie wir es erreichen wollen. Ich will Ihnen das an einem Beispiel klarmachen.

Herr Dr. Gärtner hat in der Diskussion mit Recht gesagt: Der Schwarze Markt wird so lange bestehen, wie wir Not im deutschen Vaterlande haben, und, liebe Freunde, Not wird uns noch lange anpacken. Wie wollen wir da des Schwarzen Marktes Herr werden! Da gibt es nur eins, was auch Herr Ulbricht unterstrichen hat: hier hilft nur die freie verantwortungsbewußte Persönlichkeit. Wir müssen wieder verantwortungsbewußt werden. Wir müssen Verantwortung gegenüber unserem Volk fühlen, und jeder einzelne von uns muß die Verantwortung in sich tragen; sonst sind wir verloren. In der Bodenreform hat man deutschen Grund und Boden in freies Eigentum gegeben. Der Verantwortung entspricht das Vertrauen. Man hat das Vertrauen in die Neubauern, daß sie mit diesem Grund und Boden für uns das Beste schaffen, gesetzt. Aber diese gleichen Begriffe des Vertrauens müssen auch in der Industrie wieder Platz haben. Ich komme da zu der Frage des Sequesters.

Als die Frage des Sequesters auftauchte, hat es mit Recht geheißen: der Rahmen der zu erfassenden Betriebe muß zunächst möglichst weit gefaßt werden; aber dieser Rahmen wird und muß wieder verengt werden. Auf der Grundlage der frei verantwortungsbewußten Persönlichkeit geben wir dem Unternehmer wieder das Vertrauen, daß er seinen Betrieb im Allgemeininteresse führen wird, und prüfen wir daraufhin die Frage des Sequesters, daß der freie Unternehmer zusammen mit seinem Betriebsrat verantwortungsbewußt auf der Grundlage des privaten Eigentums uns einer demokratischen Wirtschaft entgegenführt.

Ich komme damit zu der Frage des Staates. Wir stecken immer noch zu sehr im Gedanken des Obrigkeitsstaats. Wir müssen endlich damit beginnen, von Mensch zu Mensch zu regieren. Heute ist schon wiederholt gesagt worden — und ich unterstreiche es nochmals —: wir können nicht befehlen, und wir können auch nicht immer Strafen androhen, wenn der andere auf Grund seiner für ihn besseren Einsicht, seines besseren Wollens und seiner besseren Sachkenntnis sagt, auf seine Weise könne er besser zum Ziele kommen.

Damit komme ich zur Frage der Vereinigung der Zone. Hier gibt es ein sehr schönes Mittel, um den Anfang zu einer Vereinigung zu machen, nämlich das Recht. Wir reden viel zu wenig vom Recht. Es ist gesagt worden, daß Staatssekretariate gebildet werden sollen. Beginnen wir damit, ein Staatssekretariat des Rechts für unser einiges Deutschland zu schaffen. (Zuruf: Entnazifizierung!) Mit der Zersplitterung des Rechts in den einzelnen Zonen muß Schluß gemacht werden. Wir müssen den Versuch machen, ein einheitliches Recht innerhalb ganz Deutschlands zu schaffen. (Beifall.)

Schlußwort von Walter Ulbricht

Nach der vollen Übereinstimmung in der Diskussion kann ich mich kurz fassen. Es wurde hier von der Wirtschaftsplanung gesprochen und darauf hingewiesen, daß sie nur bedingt sei durch die außerordentlichen Schwierigkeiten, die durch die Folgen des Hitlerkrieges eingetreten sind. Über die Frage der Dauer von Wirtschaftsplanungen brauchen wir uns heute hier nicht zu unterhalten. (Sehr richtig!) Der Ruin Deutschlands ist so ungeheuerlich, daß wir die Wirtschaftspolitik, wie wir sie hier dargelegt haben, doch sehr lange, und zwar gemeinsam durchführen müssen. Wenn Sie bedenken, wie stark die deutschen Städte zertrümmert sind und was dem deutschen Volke alles fehlt, so können Sie selbst berechnen, wie lange Zeit wir brauchen, um diesen Ruin zu überwinden. Deshalb ist es auch ganz überflüssig, sich heute darüber zu unterhalten, bis wann und ob man die Wirtschaftsplanung weiterführt oder nicht. Für die nächsten 20 Jahre werden wir uns schon auf eine Wirtschaftsplanung einstellen müssen, und dann können wir uns unterhalten, wie es weitergehen soll. (Heiterkeit.)

Gestatten Sie noch ein Wort der freien Persönlichkeit! Ich glaube, es ist eine zu enge Fassung des Begriffs der freien Persönlichkeit und der Entwicklung der Persönlichkeitswerte, wenn man dabei nur an den Privatunternehmer denkt. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist nicht nur zu eng gefaßt, sondern das ist auch nicht richtig demokratisch gesehen. Es gibt technische Ingenieure, die heute Betriebsleiter sind, deren Initiative große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Wirtschaft hat (sehr richtig!), die eine große Verantwortung tragen, die nicht geringer ist als die der Privatunternehmer. Ich möchte sogar sagen, daß der Ingenieur, der frühere Gewerkschaftsfunktionär oder ein anderer Fachmann in der Wirtschaft, der heute einen landeseigenen Betrieb lenkt und seine ganze Kraft für den Betrieb einsetzt, damit zeigt, welch hohen Persönlichkeitswert er besitzt. (Lebhafter Beifall.) Obwohl er also keinen anderen Anreiz hat als ein verhältnismäßig hohes Gehalt, leistet er mindestens ebensoviel wie ein Unternehmer, der aus seinem Betrieb Gewinn zieht. Also ich denke, man soll den Begriff des Persönlichkeitswertes nicht so verengen, sondern ihn demokratisch erweitern und auf einen breiteren Kreis ausdehnen.

Dann wurde hier die Frage des Obrigkeitsstaats gestellt. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß es gewisse bürokratische Erscheinungen gibt, die man überwinden muß, und zwar möglichst schnell. Es ist ganz natürlich, daß es in einem Lande, in dem 12½ Jahre der Faschismus geherrscht hat, nicht leicht ist, eine neue Verwaltung aufzubauen: denn die Menschen sind doch noch nicht umerzogen; sie haben noch keine neuen Erfahrungen, sondern tun aus Gewohnheit noch manches, was ihnen in diesen 12½ Jahren beigebracht wurde und was sie aus der früheren Zeit der preußischen Tradition übernommen haben. Solche Tendenzen sind vorhanden. In der ersten Zeit bestand die Schwierigkeit darin, daß man vor allen Dingen einen neuen Apparat aufbauen mußte. Mancher hat unter den ungeheuren Schwierigkeiten des Tages die neue Verwaltung nicht

genügend demokratisch entwickelt. Es gibt manchen Verwaltungsangestellten, der etwas verbürokratisiert ist. Das muß man jetzt auf demokratische Weise ändern. Jetzt werden die Bürgermeister und Landräte Bericht erstatten. Dem Bürgermeister und Landrat, der unter sehr schweren Bedingungen gearbeitet hat und noch arbeitet, soll man Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber man soll offen aussprechen, wo Schwächen sind und wo Fehler gemacht wurden. Ich sage ganz offen für meine Partei, für die Sozialistische Einheitspartei: Wenn in einer Stadt ein Bürgermeister Bericht erstattet, so hat die Partei die Pflicht, ihren Standpunkt als Partei zu vertreten und, wenn Fehler gemacht wurden, das offen zu kritisieren. Ich hoffe, daß die anderen Parteien ähnliche Methoden anwenden; das wäre ein Fortschritt für uns, weil mehrere Köpfe immerhin bessere Resultate hervorbringen als einer allein. (Sehr gut!) Deshalb ist es notwendig, einen demokratischen Meinungsaustausch durchzuführen, auch wenn einmal etwas gesagt wird, was dem einen oder anderen nicht sehr angenehm in den Ohren klingt.

Aber das Wichtigste scheint mir zu sein, daß in das Bewußtsein unseres Volkes die Erkenntnis über das Wesen einer fortschrittlichen Demokratie hineingetragen wird. Das ist noch nicht ganz klar. Wir sind uns darüber einig, daß die Grundlage einer fortschrittlichen Demokratie die Beseitigung der Macht der Konzerne, Großbanken und Großgrundbesitzer ist.

Das ist eine Voraussetzung für eine fortschrittliche Demokratie. Zur Entwicklung dieser Demokratie ist es notwendig, daß das Volk bei der Beratung und Durchführung der Beschlüsse mitwirkt. In einer fortschrittlichen Demokratie gibt es Rückberufungsrecht für die Vertreter des Volkes, nicht so, wie in Württemberg, wo in der Verfassung vorgesehen ist, daß der Präsident auf sieben Jahre gewählt wird, und er bekommt dazu noch einen Senat, so daß er das Parlament ausschalten kann. Das hat mit Demokratie nichts zu tun und ist der Versuch, vom faschistischen auf ein autoritäres System überzugehen. Wir wollen, daß in der Tat das Parlament, auch das Gemeindeparlament, die höchste Instanz ist. Das Parlament soll als höchste gesetzgebende Instanz bestimmen und zur Mitarbeit sollen überall von der Landesverwaltung bis hinunter zu den Gemeinden die besten Vertreter aus dem Volke herangezogen werden. In verschiedenen Ausschüssen, Kommissionen usw. sollen neue Kräfte bei der Durchführung der Beschlüsse mithelfen. Fortschrittliche Demokratie — das bedeutet, daß die alte Kluft zwischen Verwaltungsapparat und Volk liquidiert wird, daß jener alte Zustand überwunden wird, bei dem das Parlament zwar Beschlüsse faßte, aber die Beamten auf Lebenszeit angestellt wurden und glaubten, sie ständen über dem Volke und über dem Parlament. Dieser Zustand muß überwunden werden. Das ist der Sinn des Kampfes um eine fortschrittliche Demokratie.

Von diesem Standpunkt aus ist die Schaffung eines Staatssekretariats für Justiz nach meiner Meinung nicht die erste Aufgabe. Warum? Weil die Justiz am wenigsten gesäubert ist (sehr richtig), weil dort die meisten Faschisten sitzen. Ich denke, die erste Aufgabe ist die Säuberung der Justiz und ihre Demokratisierung. (Lebhafter Beifall.) Und dann muß man ein demokratisches Recht schaffen. Zum demokratischen Recht gehört die Sicherung der Bodenreform, dazu gehört die Beseitigung bestimmter früherer Gesetze, die nicht demokratisch sind. (Sehr gut!) Das ist keine leichte Aufgabe. Ich nehme an, daß das längere Zeit in Anspruch nimmt und daß wir so, wie wir heute über Wirtschaftsfragen gesprochen haben, wahrscheinlich noch manche Konferenz über demokratisches Recht durchführen müssen, wo wir dann im Verlauf der Diskussion uns näherkommen und den Weg für die Schaffung eines demokratischen Rechtes finden. **Damit ist kaum begonnen.**

Die Schaffung einer fortschrittlichen Demokratie und der Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands erlaubt uns nicht, uns an Klischees aus anderen Ländern zu halten, sondern zwingt uns, gemeinsam den neuen Weg zu suchen, der den besonderen Entwicklungsbedingungen Deutschlands entspricht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind schon ein ganzes Stück We es vorangekommen, noch nicht weit, aber immerhin schon ein Stück, und wir müssen gemeinsam arbeiten, damit wir diesen demokratischen Weg finden und eine bessere Zukunft unseres Volkes erkämpfen, eine Zukunft, die auf der Einheit Deutschlands basiert. (Lebhafter Beifall.)

DIE SOWJETUNION WIE SIE WIRKLICH IST

Skizzen aus dem Leben der Völker der Sowjetunion

Heft 1: Die Sowjet-Demokratie	-.50 RM.
Heft 2: Die Sowjetunion eine Vereinigung freier Völker	-.50 RM.
Heft 3: Das Schulwesen in der Sowjetunion	-.50 RM.

TARIFVERTRAG

Abgeschlossen zwischen der Industrie-Gewerkschaft für Land- und Forstwirtschaft im FDGB. und der Landestarifkommission der landwirtschaftlichen Arbeitgeber im Lande Thüringen -.30 RM.

HANS TSCHACHER

Olympia schlägt AEG-Konzern -.20 RM.

WIR SCHAFFEN DIE EINHEIT

Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit den Vertretern der Bezirke -.20 RM.

THÜRINGER VOLKSSCHRIFTEN

Heft 1: Heinrich Hoffmann. Der Weg zum Sozialismus	-.75 RM.
Heft 3: Deutsche Kultur und Arbeiterbewegung	-.75 RM.

IN VORBEREITUNG:

ROSA LUXEMBURG

Briefe aus dem Gefängnis 1.- RM.

VOLKSLIEDERBUCH

Sammlung von zirka 100 Liedern, mit 5 Federzeichnungen. Ausgabe mit und ohne Noten ca. 1.- RM. bezw. -.75 RM.

Preis 20 Pfg.

G — 76518 Druck: Ohlenroth'sche Buchdruckerei, Erfurt